

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 174 SONNTAG, 11. Oktober 1936

Aus dem Inhalt:
Schacht in Verlegenheit
Hermann Wendel tot
Braune Kolonialpläne
Neue Zuchthausurteile

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Der Volksgerichtshof spricht frei . . .

Die Geschichte eines Freispruchs — Ein Höllenweg des Leidens

Am 25. September 1934 wurde in Zittau der Inhaber eines Vermittlungsbüros, Gerhard Neumann, verhaftet. Die Gestapo begründete die Verhaftung mit der Behauptung, Neumann habe in Verbindung mit der Emigration Hoch- und Landesverrat betrieben. Am 28. Juli 1936, also nach mehr als 22 Monaten Untersuchungshaft, sprach der zweite Senat des Volksgerichtshofes Berlin den Angeklagten Neumann aus Mangel an Beweisen frei. Am 3. August 1936 wurde Neumann aus dem Columbiahaus Berlin entlassen. Nach fast zweijähriger Haft war Neumann wieder ein »freier Mann«, und wenn ausländische Besucher den Machthabern des Dritten Reiches die Frage nach den Rechtsverhältnissen in der Hitlerdiktatur stellen, dann kann es passieren, daß man den Fall Gerhard Neumann als einen Beweis für das starke Gerechtigkeitsempfinden des Dritten Reiches präsentieren wird: Hier hat das höchste deutsche Gericht, der Volksgerichtshof, unter Wahrung aller Rechtsgarantien einen Mann freigesprochen, der in dem schweren Verdacht des Hoch- und Landesverrats stand.

In Wahrheit birgt die Geschichte dieses Freispruchs eine der entsetzlichsten Tragödien, die sich in den drei Jahren der Hitlerdiktatur in dem großen Zuchthaus, Drittes Reich genannt, abgespielt hat. Wir wollen sie hier zur guten Lehre für alle diejenigen der Öffentlichkeit übergeben, die allzu leicht geneigt sind, an eine »Normalisierung« des politischen und rechtlichen Lebens in Hitlerdeutschland zu glauben.

Die Verhaftung.

Gerhard Neumann lebte bis zum Tage seiner Verhaftung in der kleinen sächsischen Stadt Zittau als Inhaber eines Vermittlungsbüros. Neumann stammt aus einer alten sozialdemokratischen Familie, er selbst war seit seiner Jugend bis zum Hitlerumsturz Mitglied der Sozialdemokratie und betätigte sich auch organisatorisch und agitatorisch für Partei und Gewerkschaften. Nach dem Hitlerumsturz versuchte er, durch die Einrichtung eines Vermittlungsbüros für sich und seine Familie — Frau und zwei Töchter — eine neue Existenz zu schaffen. Als Hitler zur Macht kam, hatte er die für sozialdemokratische Funktionäre üblichen Hausdurchsuchungen und andere Aufmerksamkeiten durch die SA über sich ergehen lassen müssen, aber er blieb zunächst von der Verhaftung verschont. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Am 25. September 1934 wurde Gerhard Neumann unter dem Verdacht, Verbindungen mit sozialdemokratischen Emigranten unterhalten zu haben, verhaftet. Man hatte außerdem bei einem anderen, ebenfalls verhafteten Sozialdemokraten Neumanns Adresse gefunden.

Die Polizei prügelt.

Mit dem Tage der Verhaftung begann der Leidensweg Neumanns. In Hirschberg nahm ihn die Kriminalpolizei in Behandlung. Sie verlangte, Neumann solle die Behauptungen der Gestapo über seine angebliche hochverräterische Tätigkeit durch ein Geständnis bestätigen. Als Neumann sich weigerte, wurde er mit Ohrfeigen und Schlägen mit Gummiknüppeln bearbeitet. Neumann unterschrieb nicht. Daraufhin wurde die Prozedur am nächsten Tag mit verstärkten Prügelein mit dem Gummiknüppel ins Gesicht wiederholt. Aus vielen Wunden blutend, unterschrieb Neumann das von der Gestapo

aufgesetzte Protokoll, das seinen eigenen Angaben in allen wesentlichen Punkten widersprach. Die erlittenen Verletzungen waren so schwer, daß der Gefängniswärter Neumann sofort zum Gefängnisarzt brachte und ihn verbinden ließ. Der Kopf blieb wochenlang in Binden.

In Untersuchungshaft.

Am 8. Oktober 1934 endete die »Schutzhaft« und Neumann kam ins Liegnitzer Untersuchungsgefängnis. Dort wurden zunächst Neumanns Kleidungsstücke gründlich untersucht. Sein Anzug wurde völlig aufgetrennt, die Sohlen und Absätze wurden von den Stiefeln gerissen, um Beweise für Neumanns Schuld zu finden. Da es keine Gefängnisbekleidung gab, weil das Gefängnis stark überfüllt war, wurden Anzug und Schuhe in den Gefängniswerkstätten wieder zusammengefflickt. Die Kosten für diese Reparatur wurden Neumann von den spärlichen Geldsendungen seiner Angehörigen in Beträgen von 25 und 50 Rpf. abgezogen.

Die Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter verlief ergebnislos. Der Untersuchungsrichter warf Neumann Hoch- und Landesverrat vor. Er stützte seine Anklage im wesentlichen auf briefliche Mitteilungen eines Spitzels, der behauptete, Neumanns Vermittlungsbüro sei in Wirklichkeit eine Zentrale für illegale politische und militärische Nachrichten gewesen. Hinzu kamen »Geständnisse« einiger anderer verhafteter Sozialdemokraten über Zusammenkünfte und politische Besprechungen im Ausland, an denen Neumann aktiv teilgenommen haben sollte. Der Untersuchungsrichter kündigte Neumann schließlich an, daß seine Aburteilung durch den Volksgerichtshof erfolgen werde, da er nicht nur der Vorbereitung zum Hochverrat, sondern auch des Landesverrats angeklagt sei.

Vernichtung der Familie.

In der Zeit dieser Vernehmungen traf Neumann ein neuer Schlag: seine Frau, vor ihrer Verheiratung tschechoslowakische Staatsbürgerin, erlitt infolge der großen Aufregungen mehrere schwere Nervenzusammenbrüche und

mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Die beiden Töchter Neumanns, Mädel im Alter von 15 und 10 Jahren, waren nun völlig auf sich selbst angewiesen. Man gab daraufhin beide Kinder in die Obhut eines SA-Scharführers. Im Hause dieses SA-Scharführers verkehrte ein zweiter SA-Scharführer namens Hebetanz. Dieser Freund des »Vormunds« der beiden Kinder verführte die noch nicht sechzehnjährige Tochter Neumanns. Als dieser famose alte Kämpfer Adolf Hitlers so das Mädchen in seine Gewalt bekommen hatte, erzwang er von ihr ein »Geständnis« über die hochverräterische Tätigkeit seiner Eltern. Sie »gestand«, daß ihr Vater in einer Emigrantenversammlung gesprochen habe, daß er illegale Flugblätter über die Grenze gebracht habe und daß ihm seine Frau bei diesem Transport verbotener Schriften behilflich gewesen sei. Zuletzt habe er seine Tochter sogar mit Schlägen gezwungen, ebenfalls illegales Material über die Grenze zu bringen.

Dieses Geständnis hatte zunächst zur Folge, daß die schwerkranke Frau Neumann aus dem Krankenhaus in Schutzhaft überführt wurde. Dort wurde sie unter Zuhilfenahme von Gummiknüppeln »vernommen«. Die Mißhandlungen waren so schwer, daß Frau Neumann auf einem Auge erblindete, während die Sehkraft des zweiten Auges stark geschwächt wurde. In ihrer Not führte die Frau einen vierzehntägigen Hungerstreik durch, so daß sie nach einigen Monaten Schutzhaft so entkräftet war, daß sie fünfzig Kilo ihres Gewichts verlor und statt 105 nur noch 54 Kilo wog. In diesem Zustand erfolgte die erneute Ueberführung Frau Neumanns ins Krankenhaus. Auch hier fand die Frau keine Ruhe und keine Gesundheit. Da die Kosten für die Krankenhausbehandlung nicht bezahlt wurden, brachte man sie ins Marienstift, wo sie unter ständiger Aufsicht der Gestapo stand.

Aber auch mit diesem furchtbaren Schicksalsschlag riß die Leidenskette Neumanns nicht ab. Nachdem Frau Neumann im Krankenhaus und die Kinder in der »Pflege« des SA-Scharführers untergebracht waren, gab es niemand mehr, der

sich um die Wohnung Neumanns kümmerte. Die Miete blieb unbezahlt. Der Hauswirt — ebenfalls ein Nazi — hatte angesichts des schweren Schicksals der Familie keine andere Sorge, als zu seiner Miete zu kommen. Er beantragte daher die Pfändung des Hausrats. Auf den Vorschlag Neumanns, das Mobilar als Sicherheit für die rückständige Miete zu betrachten, die Möbel aber der Familie zur Benutzung zu überlassen, fand keine Gnade vor den Augen dieses Nationalsozialisten. Er setzte die Versteigerung der Möbel Neumanns durch, und die Familie Neumann verlor ihr letztes Hab und Gut.

Vor dem Volksgerichtshof.

Endlich — nach fast zweijähriger Haft — kam es zur Verhandlung vor dem Volksgerichtshof. In den sechstägigen Verhandlungen bot die Gestapo alle Mittel auf, um den Volksgerichtshof von der Schuld des Angeklagten Neumann zu überzeugen. Die älteste Tochter Neumanns wurde veranlaßt, vor Gericht gegen ihren Vater auszusagen. Sie mußte dann auf eingehendes Befragen hin die besonderen Umstände des Zustandekommens ihres Geständnisses zugeben. Frau Neumann war auf Grund eines ärztlichen Gutachtens vom Volksgerichtshof vom persönlichen Erscheinen vor Gericht entbunden worden. Die Gestapo konnte und wollte aber auf die Anwesenheit dieser schwerkranken Frau angesichts ihres Mannes nicht verzichten. Sie ließ Frau Neumann kurzerhand noch einmal durch einen der Gestapo genehmen Arzt untersuchen, und es wurde selbstverständlich die Vernehmungsfähigkeit der Frau festgestellt. Im Auto, von einem Gestapobeamten und zwei Schwestern begleitet, wurde Frau Neumann nach Berlin geschafft. Als Frau Neumann vor dem Volksgerichtshof erschien, war sie nicht mehr in der Lage, ihren Ehemann zu erkennen und ihre Personalien richtig anzugeben. Sie verzichtete auf die Aussage, aber die Absicht der Gestapo, den Angeklagten Neumann einer neuen seelischen Tortur auszusetzen, war erreicht. Als Frau Neumann den Verhandlungsraum verlassen wollte, trat ein Gestapobeamter auf sie zu und nahm sie erneut in Schutzhaft. Sie wurde in Moabit eingeliefert.

Freispruch.

Obwohl die Behauptungen der Anklage gegen Gerhard Neumann in keinem Fall durch die Beweisaufnahme bestätigt werden konnten, und obwohl der Sachverständige des Kriegsministeriums die Frage, ob Landesverrat vorliege, verneinte, beantragte der Oberreichsanwalt gegen Neumann eine Zuchthausstrafe von zwölf Jahren. Dazu zwölf Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Der Volksgerichtshof folgte dem Antrag des Oberreichsanwalts nicht und sprach Neumann mangels Beweisen frei.

Die Rache der Gestapo.

Doch kaum war der Freispruch verkündet, begann ein neues Kapitel der Tragödie Neumanns. Als Neumann nach Schluß der Verhandlung sich eine Zigarette anzünden wollte, machte ihn ein hinter ihm stehender Beamter höflich darauf aufmerksam, daß er nur mit seiner Erlaubnis rauchen dürfe. Er gestatte ihm das Rauchen, aber er müsse ihm gleichzeitig mitteilen, daß er erneut in Schutzhaft genommen sei. So kam der freigesprochene Neumann als Schutzhäftling in seine Mo-

„Volks“-Gericht gegen Sozialdemokraten

Neue Zuchthausurteile

Am 25. September ist nach tagelangen Verhandlungen vor dem Berliner Volksgerichtshof ein Prozeß gegen Berliner Sozialdemokraten zu Ende gegangen. Brutale Zuchthausstrafen einer Willkürjustiz bilden den Abschluß eines entsetzlichen Martyriums der Angeklagten.

Unter der Anklage des Hochverrats standen eine Reihe von Sozialdemokraten, die teilweise vor dem Hitler-Umsturz ehrenamtliche Funktionen bekleidet hatten. Ihnen wurde zum Vorwurf gemacht, noch nach dem Sommer 1933 an der Fortführung der verbotenen Parteiarbeit beteiligt gewesen zu sein.

Man hat die Angeklagten zum Teil seit Dezember 1934 — also seit fast zwei Jahren! — in Untersuchungshaft gehalten. Fast alle wurden furchtbar mißhandelt, geschlagen, getreten und niedergebost, um »Geständnisse« aus ihnen zu entlocken. Unter den jetzt Verurteilten befinden sich zwei Totkranke, die von den Gestapolenten um den letzten Rest ihrer

körperlichen Widerstandskraft gebracht worden sind. Gen. Löffler hat im Laufe der Voruntersuchung eine »Behandlung« erfahren, die eine Ueberführung in das Staatskrankenhaus notwendig machte. Gen. Riedel ist Schwerkriegsbeschädigter, der im Verlauf des Prozesses monatelang wegen Haftunfähigkeit auf freien Fuß gesetzt werden mußte. Trotzdem auch gegen diese Sozialdemokraten jahrelange Zuchthausstrafen!

Es wurden verurteilt:

Löffler 7 Jahre Zuchthaus
Markwitz 6 Jahre Zuchthaus
Oltersdorf 6 Jahre Zuchthaus
Riedel 4 Jahre Zuchthaus
Spleritz 4½ Jahre Zuchthaus
Hirschfeld 3 Jahre Zuchthaus
Rackow 2½ Jahre Zuchthaus
Siebold 2½ Jahre Zuchthaus.

Die Angeklagten Zischocki, Elscher und Pipow wurden zu je ein Jahr Zuchthaus verurteilt, der Angeklagte Gobschack freigesprochen.

Der Weg zum Frieden

Der Völkerbund und die Fünfmächtekonferenz

biter Zelle zurück. Dort erhielt er einen Tag später die Mitteilung, daß seine Frau bewußtlos in einem Berliner Krankenhaus liege. Am 30. Juli wurde Neumann in das Columblahauss der Berliner Gestapo überführt. Hier nahmen ihn kaum zwanzigjährige SS-Leute in altpreussische Zucht. Besonders gepflegt wurde von den jungen Aufsehern der alte militärische Sport: Betten bauen.

Am 3. August 1936 wurde Neumann zum Kommandanten des Columblahauses befohlen, und dort erhielt er den Bescheid, daß er frei sei. Also hat die Qual doch einmal ein Ende. Nein, der Kelch muß bis zur Neige geleert werden. Denn der Kommandant fügte seiner Mitteilung über die Entlassung gleich hinzu: »Herr Neumann, Ihre Frau ist sehr schwer krank. Der Arzt möchte Sie noch einmal sprechen.« Also bezahle ich meine Freiheit mit dem Leben meiner Frau. »Sie lebt ja noch.« Die Gestapo kann auch menschlich sein. Mit einem Auto wird Neumann ins Krankenhaus gebracht. Seine Frau erkennt ihn nicht mehr. Alle seine Versuche, sie noch einmal ins Bewußtsein zurückzurufen, sind vergebens.

Die Frau zu Tode geprügelt.

Die Krankenschwester weigert sich, über die Ursache dieser neuen tödlichen Erkrankung Frau Neumanns etwas zu sagen. Voll Entsetzen sah Neumann, daß der Körper seiner Frau mit dicken roten Striemen bedeckt war. Nun wußte er, woran seine Frau starb.

Am nächsten Tag, am 4. August 1936, starb Frau Neumann, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Von Berlin fuhr Gerhard Neumann »nach Hause«. Sein »Zuhause« war zerstört. Seine Frau tot. Seine älteste Tochter inzwischen in Fürsorgeerziehung. Seine Wohnung vermietet. Seine Möbel verschleudert. Nichts, nichts war ihm geblieben. Neumann ging zu seinen Eltern, die von einer kärglichen Rente leben. Er versuchte zunächst, die Ueberführung der Leiche seiner Frau in seine Heimat durchzusetzen. Sein Ansinnen wurde glatt abgelehnt. Schließlich bekam er einen Freifahrtsschein nach Berlin, um das Begräbnis seiner Frau zu ordnen. Seine Eltern gaben ihm 2 RM Zehrgeld mit, das war alles, was sie geben konnten. In Berlin erforderten die verschiedenen Gänge zu Behörden und zum Begräbnisinstitut einen ganzen Tag. Die Beerdigung am gleichen Tage war nicht mehr möglich. Für einen längeren Aufenthalt in Berlin fehlte Neumann das Geld. So blieb ihm nichts anderes übrig, als zurückzufahren. Am 10. August wurde Frau Neumann begraben. Keine Menschenseele begleitete sie auf ihrem letzten Weg.

Drohung mit Konzentrationslager.

Die Gestapo ist gründlich. In seinem neuen Wohnort mußte sich Gerhard Neumann dreimal wöchentlich auf seinem Polizeirevier melden. Mit militärischer Pünktlichkeit. Auch das Wohlfahrtsamt nahm ihn in seine Obhut. Etwa vier Wochen zahlte es ihm Wohlfahrtsunterstützung. Dann bekam er vom Arbeitsamt die Mitteilung, er sei bevorzugt vermittelt worden und müsse nach Torgau zu Schachtarbeiten fahren. Der Hinweis Neumanns, daß er niemals Erd- oder Bauarbeiter gewesen sei und daß jetzt nach der langen Haft auch sein Gesundheitszustand die Annahme einer so schweren Arbeit unmöglich mache, wurde nicht beachtet. »Sie haben sich lange genug erholt, jetzt können Sie wieder arbeiten. Wir haben für Sie genug zahlen müssen. Die Kosten für Ihre Schutzhaft, für die Schutzhaft Ihrer Frau, für die Krankenhausbehandlung Ihrer Frau, für das Begräbnis Ihrer Frau und für die Fürsorgeerziehung Ihrer Tochter müssen Sie abzahlen. Wir vermitteln Ihnen daher diese Arbeit, und Sie zahlen jede Woche einen bestimmten Betrag Ihrer Schulden an uns ab.«

Neumann weigerte sich entschieden, das ihm vorgelegte Schriftstück mit der Anerkennung seiner Verpflichtung zu unterschreiben. Darauf kam die offene Drohung: »Wenn Sie nicht wollen, dann werden wir Sie zwingen. Dann gehen Sie noch einmal ins Konzentrationslager.« Gerhard Neumann unterschrieb nicht. Er ging nicht ins Konzentrationslager, sondern er rettete seine Freiheit durch die Flucht über die Grenzen des Dritten Reiches.

Nach zweijährigem Martyrium, freigesprochen vom höchsten Gerichtshof des Dritten Reiches. Freigesprochen, nachdem man ihm alles nahm: Weib und Kind, Hab und Gut, Freiheit und Menschenwürde. Das ist das Ende dieser Geschichte eines

»Es ist schon vier Jahre her« — so führte der sowjetrussische Außenminister Litwinow vor der Völkerbundsversammlung aus — »seitdem sich zwei Ideenkreise mehr oder weniger klar herauskristallisiert haben und einander gegenüberstehen: einerseits die Idee des Friedens, der Unverletzlichkeit der Verträge und der internationalen Ordnung, und andererseits die Idee des Krieges, der Verpflichtung gegenüber den internationalen Verpflichtungen und einer gewaltsamen Neuaufteilung der Welt. Während aber die Ideen des Krieges sich formiert haben, während sie zu Fleisch und Blut, besser gesagt, zu Eisen und Blei geworden sind, bleiben die Kräfte des Friedens leider ungeformt, gespalten und passiv.«

Die 17. Völkerbundsversammlung hat die Uneinigkeit und Zersplitterung der Kräfte des Friedens gezeigt. Die Schuld liegt sowohl bei der konservativen englischen Regierung als auch bei der französischen Volksfrontregierung, die sich aus Schwäche unter dem Druck der englischen konservativen Politik auf eine gefährliche Bahn hat drängen lassen. An zwei praktischen Beispielen ist dies hervorgetreten: an der abessinischen Frage und an der spanischen Frage. In der abessinischen Frage hat der französische Außenminister Delbos sich auf eine Ueber-Laval-Politik versteift, die erst an ein Ende gelangte, als der englische Außenminister die Partei Litwinows und der kleineren Mächte nahm. In der spanischen Frage hat vor allem der unbedingte Wille Englands, die Fünfmächtekonferenz zustandzubringen, die französische Politik gefesselt.

Diesem Willen hat die englische Politik auch ihre Stellungnahme zur Völkerbundsrevision untergeordnet. Der englische Außenminister Eden hat in seiner Rede vor der Versammlung dem Revisionismus der faschistischen Mächte, der Idee der Zweiteilung Europas in Westen und Osten gefährliche ideologische Zugeständnisse gemacht, gegen die sich sowohl die Kleine Entente als auch Sowjetrußland gewandt haben. Gegenüber diesen taktischen Versuchen, die die verwirrt europäische Lage nur noch mehr zu verwirren geeignet sind, hat Litwinow in einer großen Rede die einfachen und klaren Linien des europäischen Problems gezeigt. Es war eine für die englische wie für die französische Politik sehr unbequeme Rede. Es hieß darin:

»Aber der Angreifer, der seine ganze Politik auf die Ueberlegenheit der groben materiellen Kraft aufbaut, und im Arsenal seiner Diplomatie nichts besitzt als schreckenerregende Forderungen, Bluffs oder Drohungen

und die Taktik vollzogener Tatsachen, kann nur der Stimme einer ebenso festen Politik der Berechnung des Kräfteverhältnisses zugänglich sein. Alle an ihn gerichteten Beschwörungen und Bitten und erst recht Zugeständnisse an seine ungesetzlichen und sinnlosen Forderungen, wirtschaftliches Entgegenkommen machen auf ihn nur den Eindruck der Schwäche, stärken sein Kraftbewußtsein und spornen ihn zu weiterer Unversöhnlichkeit und ungesetzlichen Handlungen an. Sogar außerhalb entsteht die Legende von der Unbesiegbarkeit des Angreifers, wodurch sich in einigen Ländern fatalistische und kapitulantenhafte Stimmungen bilden. Diese Länder beginnen allmählich, manchmal sogar für sie selbst unmerklich, ihre Selbständigkeit zu verlieren und sich in Vasallen des Angreifers zu verwandeln. So beginnt der Prozeß der Herausbildung der Hegemonie, die durch die militärische Zerschmetterung aller unbötmäßigen Länder vollendet werden soll.

Ja, meine Herren, wir dürfen nicht die Augen verschließen vor den bestehenden Tendenzen zur Hegemonie, zur Hegemonie des »ausgewählten Volkess«, das angeblich durch die Geschichte berufen ist, über alle anderen als nicht vollwertig erklärten Länder zu herrschen. Ich spreche schon nicht von ideologischen Folgen einer solchen Hegemonie, sondern von der gewaltsamen Verdrängung aller geistigen und kulturellen Werte, auf die die Menschheit in den letzten Jahrhunderten stolz war und von der künstlichen Wiedergeburt der Ideen der schlechtesten Zeiten des Mittelalters. Indessen übertrifft die gemeinsame Kraft der friedliebenden Länder in wirtschaftlicher wie in militärischer Hinsicht, ihre gemeinsamen Hilfskräfte an Menschenmaterial und in der Rüstungsindustrie wesentlich die Kräfte jeder beliebigen möglichen Kombination von Ländern, die der Angreifer um sich gruppieren könnte. Ich bin zutiefst überzeugt, daß es sich für diese Kräfte lohnen würde, sich in irgendeinem Grade zusammenzuschließen, schon allein die Möglichkeit gemeinsamer Aktionen zu zeigen, um nicht nur der Gefahr des Krieges vorzubeugen, sondern auch den Angreifer zu zwingen, früher oder später zu bitten, ihn selbst in das allgemeine kollektive Sicherheitssystem einzugliedern.

Ich halte es für notwendig, mich sofort gegen die eventuelle Anschuldigung zu rechtfertigen, daß ich zu einem Block aufrufe, denn ich weiß, daß das Wort »Block« für einige Ueberpazifisten zum Schreckgespenst geworden ist. Nein, ich verlange keine neuen Blocks. Ich bin bereit, mich mit dem bereits bestehenden Block des Völkerbundes, dem Block der friedliebenden Länder zufrieden zu geben, die sich

zu gegenseitigem Schutz und gegenseitiger Hilfe zusammengeschlossen haben. Wir fordern nur, daß dieser Block tatsächlich die gegenseitige Hilfe organisiere, um rechtzeitig einen Aktionsplan zusammenzustellen und sich nicht plötzlich überrumpeln zu lassen, damit die Aktionen zur Organisation der Abwehr der außerhalb dieses Blocks vor sich gehenden Organisation des Krieges entsprechen. Und wenn dies nicht alle Länder tun wollen, die gegenwärtig den Block des Völkerbundes bilden, wenn es unter ihnen solche gibt, für die die Sicherheit im Worte »Neutralität« Platz findet oder die hoffen, im letzten Moment auf die Seite des Angreifers überzulaufen, so beraubt dies jene Länder, die sich schützen können und wollen und die nicht eines nach dem anderen Opfer eines Angriffs werden wollen, nicht des Rechts zu gemeinsamen Aktionen.«

Diese Rede hat aber auch enthüllt, daß Sowjetrußland nicht tatenlos zuzusehen gedenkt, wenn die englische Politik die Tendenzen stärkt, die auf eine Aushöhlung des französisch-sowjetrussischen Sicherheitspaktes abzielen, und die Sowjetrußland aus einer europäischen Verständigung herausdrängen wollen. Das Hitlerregime hat auf diese Tendenzen spekuliert, es hofft sie in den Vorverhandlungen um die Fünfmächtekonferenz noch weiterzutreiben. Die Hitlerpropaganda hat deswegen gegen die Rede Litwinows aufgeheult. Sie hat ein um das andere mal versichert, Sowjetrußland atme im Völkerbund völlig isoliert. Die braune Propaganda hat antizipiert, was das Ziel der braunen Politik ist. Tatsache ist, daß die französische Volksfrontregierung mit ihrer Nachgiebigkeit gegenüber der englischen Politik bereits soweit gegangen ist, daß die Verstimmung Sowjetrußlands sichtbar wurde.

Ministerpräsident Léon Blum ist daraufhin nach dem Abschluß der großen Reden nach Genf gefahren. Er hat entschieden versichert, daß Frankreich über einen zweiten Locarnopakt nur unter der Bedingung verhandeln werde, daß seine übrigen Pakte nicht berührt würden. Die französische Regierung würde eher das Projekt der Fünfmächtekonferenz aufgeben, als die Beziehungen zur Kleinen Entente und zu Sowjetrußland zu lockern. Mit dieser Erklärung ist aber auch die englische Politik des Entgegenkommens an die Absichten des braunen Diktators an ihre Grenze gelangt. Von dieser Völkerbundsversammlung ist demnach weder ein Durchbruch nach der einen, noch nach der anderen Richtung ausgegangen. Der Völkerbund bleibt nach wie vor, nach dem Worte Litwinows, ein Wartesaal.

Freispruchs im Dritten Reich. Das vorläufige Ende. Das letzte Kapitel dieser Geschichte wird geschrieben, wenn der deutsche Freiheitskampf das ganze System der braunen Barbarei und der Schändung des Menschentums hinweggefegt und die Verantwortlichen dieses Systems für alle ihre Verbrechen zur Verantwortung gezogen haben wird.

Danzig

Am 3. Oktober hat Hitlers Gauleiter für Danzig, Forster, auf einer Kundgebung der Danziger Nationalsozialisten erklärt, die nahe Abreise des Hohen Kommissars Lester aus Danzig und seine Ersetzung durch einen anderen Kommissar sei

»ein großer Sieg der Danziger Regierung über den Völkerbund; die Nationalsozialisten haben ihre Freiheit wiedergewonnen und können nun alle Oppositionsparteien auflösen.«

Forster gab die Parole aus »Zurück zum Reich« und drohte allen, die sich der nationalsozialistischen Partei nicht anschließen würden, mit dem Terror. Massenverhaftungen von Sozialdemokraten haben stattgefunden.

Der Völkerbundsrat hat am 5. Oktober eine Resolution angenommen, in der die Obstruktion und der Verfassungsbruch der Danziger Regierung festgestellt wird. Er hat Polen beauftragt, über die Innehaltung der Danziger Verfassung zu wachen. Polen hat sich bereit erklärt, diesen Auftrag anzunehmen.

Das Strafmaß

Ein lehrreiches Beispiel, wie sich die Durchdringung der Strafjustiz mit nationalsozialistischem »Geist« auf die Höhe der erkannten

Strafen auswirkt, zeigt ein Strafverfahren gegen einen Nazi, der 800 Reichsmark Organisationsgelder unterschlagen hat. Dieser Betriebszellenobmann, dessen persönliches Schicksal uns kalt lassen kann, stand bisher dreimal wegen derselben Tat vor der Strafkammer des Landgerichts Erfurt. Das erste Urteil wurde auf die erfolgreiche Revision des Staatsanwalts und des Angeklagten vom Reichsgericht aufgehoben. Die Strafkammer hatte also auch nach altem Recht die Möglichkeit, die Strafe zu erhöhen. Gegen das zweite Urteil legte der Angeklagte allein Revision ein. Er hatte mit dieser Revision »Erfolg«, auch das zweite Urteil wurde aufgehoben. Nun hatte aber die Strafkammer nach der Novelle vom 28. Juni 1935 das Recht trotz dieses Erfolges des Angeklagten die Strafe zu erhöhen, um ihn die Neigung, die Autorität eines Landgerichtsurteils durch Einlegung von Rechtsmitteln zu schmälern, abzugewöhnen.

Wegen der gleichen Tat erhielt dieser Angeklagte:

| | |
|---------------|----------------------|
| im Jahre 1933 | 8 Monate Gefängnis |
| im Jahre 1934 | 12 Monate Gefängnis |
| im Jahre 1935 | 21 Monate Zuchthaus, |

200 RM Geldstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre.

Ein schöner Erfolg nationalsozialistischer »Recht«-Sprechung!

Wenn zwei das gleiche tun ...

Die »Frankfurter Zeitung« meldet in ihrer Nummer 495/96:

»Das Lörracher Amtsgericht verurteilte einen Angeklagten, der einen Erbkranken in häßlicher Weise beleidigt hatte, zu zwei Monaten Gefängnis. Der

Verurteilte hatte den Erbkranken, der sich in einer Gastwirtschaft an seinen Tisch setzen wollte, mit einem brutalen Hinweis auf die erfolgte Sterilisierung fortgewiesen.«

Die gleiche Zeitung veröffentlichte am 12. März 1936 eine Rede, die Julius Streicher auf einer Gantagung der NSDAP in Nürnberg gehalten hatte. In dieser Rede hieß es:

»Die Verleumder, die Schweinehunde, die Erbkranken, der Abschaum, das sind die wenigsten im deutschen Volke.«

Hier werden also die Erbkranken mit »Schweinehunden und Abschaum« ganz offensichtlich gleichgesetzt. Der Mann in Lörrach, der den Erbkranken beschimpfte, hat sich nur die Auffassung des Führers Streicher zu eigen gemacht. Dafür wird er bestraft. Und was geschieht dem geistigen Urheber des Vergehens? Er wird in gewissen Zeitabständen von Adolf Hitler empfangen, belobt und befördert.

Vorsicht!

Der Oberbürgermeister von Nürnberg und die Referenten der Stadtverwaltung gaben in einer Beratung mit den Ratsherren einen Bericht über ihre Tätigkeit bei der Durchführung und Vorbereitung des Reichsparteitages. Oberbürgermeister Liebel führte dabei nach dem Bericht des »Fränkischen Kuriers« unter anderem aus:

»Ueber die wirtschaftlichen Auswirkungen des Reichsparteitages könne zunächst nur mit Vorsicht geurteilt werden.«

Mit größter Vorsicht sogar — und am besten nur dann, wenn kein Staatsanwalt in der Nähe ist.

Das Deutschtum flüchtet sich zu marxistischen »Landesverrättern«

Der sozialistische Sieg in der Lodzener Stadtratswahl.

Man schreibt uns aus Lodz in Polen: Große Beachtung fand vor kurzem in der gesamten internationalen Presse das Ergebnis der Lodzener Gemeindevahlen, schon allein deshalb, weil Polen zu dem zwar nur hypothetischen Block der Diktaturstaaten in Europa gehört und Abstimmungen, wenn auch nur halb- oder pseudodemokratischen Gepräges, doch beachtenswerte Schlüsse auf die Haltbarkeit der inneren Zustände zulassen. Der Sieg der sozialistischen Liste war überwältigend: die P. P. S. und die ihr angeschlossenen Verbände erhielten bei einer außerordentlich starken Wahlbeteiligungsziffer, die weit über 90 Prozent betrug, allein von den 72 Gesamtsitzen des Gemeinderates 34, also fast die Hälfte und sie können mit den »Jüdischen Sozialisten«, die für sich gesondert vorgingen, die große Mehrheit für die Zusammensetzung des Gemeinderates stellen. Die Bedeutung der Wahl wird dadurch nicht gemindert, daß Lodz eine riesige Industriestadt innerhalb einer agrarischen Umwelt ist, die im allgemeinen Polen das Gepräge gibt.

Was allerdings in den vielen Kommentaren, die diesem polnischen Stimmungssymbol gewidmet waren, bisher fehlte, war der Hinweis darauf, daß an dem Sieg der Sozialisten auch die nicht unbedeutende deutsche Minderheit der Stadt stark beteiligt war! Die deutsche Minderheit hat auf der sozialistischen Liste drei deutsche Kandidaten durchgebracht, darunter den früheren Sejmabgeordneten Emil Zerba. Die deutsch-bürgerlichen Wahlverbände haben mehrere tausend Stimmen bei der Wahl eingebüßt und haben sogar genau in dem Grade schlechter abgeschnitten, als sie im Gleichschaltungsverhältnisse zur auch in Polen nicht schlecht tobenden Hitlerei stehen. Am wenigsten bekommt die »Jungdeutsche Partei« ein Mandat, die geradezu vom »SA-Geiste« zehrt. Aber auch der »Deutsche Volksverband«, in dem mehr die »zwangs- und wahlrechtgeschalteten« früheren Zentrumsmitglieder noch eine Rolle spielen, hat bei zwar geringerer Einbuße keinen Sitz durchbringen können. Es besteht also die Tatsache, daß die Lodzener Deutschen allein von marxistischen Landesverrättern gegenüber dem polnischen Habitus der großen Industriestadt vertreten werden und daß die Lodzener deutsche Bevölkerung durch die Wahl demonstrativ bekundet hat, daß ihr das als der allein wünschenswerte Zustand erscheint! Lodz ist gerade wegen seiner starken deutschen Minderheitsbevölkerung bekanntlich das Zentrum der deutschen Volkstumbewegung in Polen.

Daß die deutschen Sozialdemokraten sich gegenüber nationalkulturellen Fragen niemals als gleichgültig erwiesen, muß ihnen auch die andersdenkende deutsche Presse in Polen, wie der Kattowitzer »Deutsche in Polen« bestätigen.

Zu der naiv-dreisten Behauptung des »Führers und Reichskanzlers«, ihm sei gelungen, was Bismarck nicht gelang: die deutsche Sozialdemokratie auch in der Idee zu vernichten, liefert gerade der heiße Wahltag in Lodz den authentischen Kommentar!

Der Urtyp des Verbrechers

Die wissenschaftliche Erforschung des Rechtsbrechers, die bisher allgemein anerkannte Ergebnisse kaum zu erzielen vermochte, ist durch eine grandiose Entdeckung wesentlich gefördert worden. Der Urtyp des Verbrechers ist gefunden, Ursprung und Keimzelle aller Verbrechen sind kein Geheimnis mehr. Diese entscheidende wissenschaftliche Tat ist ein Ergebnis nationalsozialistischer Forschung, der bekannte »Gelehrte« Frank, Reichsminister und Reichsjuristenführer, ihr Verkünder. Auf der Jahresversammlung des Reichsverbandes für Gerichtshilfe, Gefangenen- und Entlassenenfürsorge hat er erklärt:

Der politische Gefangene kann für sich keine Sonderbehandlung erwarten, denn er weiß, daß er schwerstes Unrecht tut, wenn er gegen die Gemeinschaft des deutschen Volkes handelt. Der Hoch- und Landesverräter ist sogar wegen der in seiner Handlung liegenden Treulosigkeit durch Verrat gewissermaßen als Urtyp des Verbrechers anzusprechen. Der Strafvollzug hat dafür Sorge zu tragen, daß der politische Verbrecher auf die anderen Gefangenen nicht zersetzend wirken kann.

Nun wissen wir, die Kämpfer für Freiheit und Recht, endlich, was für gemeine Verbrecher wir sind! Mörder, Kinderschänder, Taschendiebe und Betrüger sind höherwertig,

Alle Verfasser von Seefahrerromanen und wunderbaren Reisebeschreibungen müssen vor dem ehrenwerten Herrn David Lloyd George vor Neid erblassen. Haben sie nach ihrem eigenen Zeugnis monatelange Strapazen ertragen und gefährliche Abenteuer bestehen müssen, um in die Welt ihrer Wunder zu gelangen, so hat für jenen eine Luxusdampferfahrt von wenigen Stunden genügt, um ihn das wunderbarste aller Wunder entdecken zu lassen: ein Volk in dieser Zeit, das wahrhaft glücklich ist. »I have never seen a happier people than the Germans« — das heißt, wie jedermann weiß, der ein wenig Englisch kann, wörtlich: »Ich habe niemals ein glücklicheres Volk gesehen als die Deutschen« — und so steht es in den Berichten der englischen Zeitungen über Lloyd Georges Deutschlandreise gedruckt.

»Wir haben«, so heißt es dann weiter, »viel gehört von den Anstrengungen, die Deutschland macht, um wieder aufzurüsten, aber sehr wenig über die gewaltigen Pläne zur Entwicklung der inneren Kräfte des Landes und zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung. Von den letzteren habe ich ein gut Teil gesehen, und ich war ungeheuer beeindruckt von der Kühnheit und Weitherzigkeit dieser Pläne. Sie umfassen 4 Millionen Acres Land, die bisher wüst oder

ger, als wir, sie werden durch einen wachen Strafvollzug vor uns geschützt. Es gibt kein minderwertigeres, verabscheuungswürdigeres Pack als die Anhänger der Opposition, lehrt Frank und steht mit dieser Lehre nicht allein in der Welt.

Leider hat Frank aber eine Lücke in seinem Lehrgebäude nicht beachtet. Wenn wir recht unterrichtet sind, hat in letzter Zeit eine nationalsozialistische »Revolution« stattgefunden. Eine Revolution bedeutet nun aber Sieg der Hochverräter. Wie steht es mit den diversen »Führern«, die Träger dieser »Revolution« waren, Herr Reichsführer Frank? Weiter: Am 9. November 1923 haben sich in München Ereignisse abgespielt, die wohl als »Unternehmen, mit Gewalt die Verfassung des Reichs zu ändern« (§ 80 Abs. 2 Strafgesetzbuch) angesehen werden müssen. Sind die Hochverräter vom 9. November 1923 auch Urtypen des Verbrechers, Herr Reichsminister? Dann wären Sie wohl um Ihren Posten nicht zu beneiden.

Die Diskriminierung des politischen Gegners dürfte auf diesem »wissenschaftlichen« Wege nicht glücken sein. Die »Rechtswahrer« müssen sich weiter bemühen, um den richtigen Dreh zu finden.

Papierene Garantien . . .

Wie ein deutsch-schweizerischer Auslieferungsvertrag noch vor fünfzig Jahren lauten durfte und wie er jetzt lauten muß!

Am 24. Januar 1874 wurde zwischen Deutschland und der Schweiz ein Auslieferungsvertrag geschlossen, der drei deutsche Kaiser und eine komplette deutsche Republik überdauert hat und in Gültigkeit blieb, als Hitler schon auf dem Arbeitsplatz dessen saß, der ihn für das Reich getätigt hatte: des fast liberalistischen Unternehmers Bismarck. In dem Vertrag ist einfach und schlicht die Strafverfolgung oder Bestrafung einer ausgelieferten Person »verboten wegen eines Verbrechens oder Vergehens, welches in dem gegenwärtigen Vertrag nicht vorgesehen ist.« Man sollte meinen, daß sei ganz klar — unter der Voraussetzung nämlich, daß Ehrenmänner hüben und Ehrenmänner drüben nicht nur den Abschluß eines Staatsvertrages, sondern auch seine Befolgung praktizieren. Daß eben andere Kavaliersverhältnisse in der Weltpolitik einreißten könnten, war zu Großmamas Zeiten nicht recht vorstellbar! Warum mag also wohl kürzlich ein deutsch-schweizerischer Notenwecsel stattgefunden haben (der Wortlaut davon wird jetzt in der einschlägigen völkerrechtlichen Fachliteratur auf beiden Seiten bekanntgegeben), in dem die Schweiz darauf bestand, daß jener klare und einfache Tatbestand des Vertragsinhaltes an der entscheidenden Stelle folgendermaßen kompliziert und umständlich umschrieben wird:

»Der Ausgelieferte darf ohne Zustimmung des ersuchten Teiles weder wegen einer vor der Auslieferung begangenen Tat, für welche die Auslieferung nicht bewilligt

Ein glückliches Volk

Die wunderbare Reise des David Lloyd George

kaum bewirtschaftet waren, den Bau von Millionen Arbeiterhäusern und Arbeitersiedlungen mit Gärten bei jedem Haus. Durch diese (!) und ähnliche (!) Maßnahmen haben sie die Arbeitslosigkeit von 6 Millionen auf eine Million herabgedrückt.

Lloyd George vergißt hinzuzufügen, daß die Nazis, die Vollbringer dieser Wunder, aus Bescheidenheit sogar die amtliche Statistik gefälscht haben. Diese besagt nämlich, daß der Umfang der landwirtschaftlich bebauten Fläche in den letzten drei Jahren zurückgegangen ist und daß viel weniger Arbeitersiedlungen gebaut wurden als vorher. Auch hätte er aus amtlichen Publikationen des Dritten Reiches entnehmen können, daß die deutsche Innenkonjunktur eine reine Rüstungskonjunktur, er hat sich aber dadurch nicht irreführen lassen, sondern hat scharfblickend entdeckt, daß die Abnahme der Arbeitslosigkeit auf eine riesenhafte Ausdehnung des Wohnungsbaues zurückzuführen ist.

Man könnte alles dies sowie die Bücklinge, die dieser ehemalige liberale Premier Englands vor dem großen Adolf macht, von der komischen Seite nehmen, wären diese faustdicken Erfindungen nicht obendrein mit einer besonderen Infamie gegen das deutsche Volk verbunden.

Auf die Frage, wieso denn das deutsche

Volk unter dem Druck des gegenwärtigen Systems glücklich sein könne, antwortet er:

»Ich kann das nicht erklären, ich kann es nur feststellen. Sie müssen denken, daß die Deutschen immer schon ein sehr diszipliniertes Volk waren. Sie sind mehr an Disziplin gewöhnt als wir, und ich denke, daß eine Herabsetzung des Lebensstandards, wie sie jetzt in Deutschland stattfindet (Also doch! Red. d. »N. V.«) auf das englische Volk eine ganz andere Wirkung haben würde als auf das deutsche. Wir haben drei Jahrhunderte des Fortschritts und des Wachstums unserer Freiheit hinter uns, sie ist uns ein wahres Lebenselement geworden. Das gilt aber nicht für Italien, Polen, Rußland oder die Balkanländer.«

Mit diesen Worten schleudert Lloyd George, der die gegenwärtigen Machthaber Deutschlands mit Komplimenten überschüttet, dem deutschen Volk seine ganze Verachtung ins Gesicht. Dieses Volk, das ist der kurze Sinn der langen Rede, ist glücklich, wenn es geprügelt wird, also werde es geprügelt.

Und darum war es ja auch, daß der Bericht des ehrenwerten Herrn David Lloyd George in der deutschen Presse nicht wörtlich wiedergegeben werden durfte, sondern nur im Auszug.

ist, zur Untersuchung gezogen, bestraft oder an einen dritten Staat weitergeliefert werden noch aus einem sonstigen vor der Auslieferung eingetretenen Rechtszustand in seiner persönlichen Freiheit beschränkt worden, es sei denn, daß der Ausgelieferte das Gebiet des ersuchenden Teiles innerhalb eines Monats nach dem endgültigen Abschluß des gegen ihn durchgeführten Strafverfahrens oder, im Falle der Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe, innerhalb eines Monats nach der Freilassung nicht verläßt, obwohl die Ausreise möglich ist, oder daß er, nachdem er es verlassen hat, zurückkehrt ist oder von einem dritten Staat von neuem ausgeliefert wird.

Eine nicht ganz einfache stilistische, aber auch juristische Konstruktion! Der Hinweis auf die hitlerdeutsche Konzentrationslagerpraxis (»in seiner persönlichen Freiheit beschränkt werden . . .«) ist ganz deutlich. Wie oft aber, so muß man sich fragen, mag schon die gute Schweiz, in deren bürgerliche Ehrbarkeit die Gangsterei der deutschen Systemgewaltigen nur schwer eingehen mag, schon übers Ohr gehaut worden sein, wie viel Gemeines und Brutales hat biedermännische und hausbackene Gutgläubigkeit außerhalb Deutschlands aber auch schon unschuldigen Menschen — ungewollt sicherlich! — zugefügt, wenn man nunmehr durch advokatenhafte Kniffligkeit auf paperenen Garantien, daß es künftig »korrekt« zugehen soll, bestehen zu müssen glaubt?! Sie glaubten bisher eben immer noch, sie hätten es drüben nur mit einer anderen Ausgabe Stresemanns, Rathenaus oder schließlich Bismarcks zu tun . . .

Kleiner Kommentar zur Kriminalstatistik

Bekanntlich ist im Dritten Reich die Kriminalität erheblich zurückgegangen. Das leuchtende Beispiel edler Führer, die Besetzung der wirtschaftlichen Not durch den »Sozialismus« und die Wirkungen männlicher Richtersprüche in Verbindung mit dem abschreckenden Strafvolzug haben im Kampf gegen das Verbrechertum entscheidende Siege erbracht. Die objektive Kriminalstatistik liefert die notwendigen Beweise.

Leider arbeiten aber noch nicht alle Propagandaunternehmen des nationalsozialistischen Deutschlands genügend zusammen. So hielt es der Justizminister für richtig, über die Auswirkung der letzten Amnestie Zahlen zu veröffentlichen, die die Großzügigkeit dieses Geschenke des Führers darlegen, aber mit dem Rückgang der Kriminalität nicht recht zusammenstimmen. Der Reichsjustizminister erklärt, daß durch die Amnestie vom 23. April 1936 in

240.340 Fällen die Strafe erlassen und in 254.674 Fällen ein schwebendes Strafverfahren eingestellt worden ist. Betroffen sind hiervon nur Straftaten, die mit Geldstrafe oder mit Freiheitsstrafe bis zu einem Monat bestraft worden sind oder bei denen keine höhere Strafe zu erwarten war. Bei der Schnelligkeit der deutschen Justiz muß unterstellt werden, daß diese Strafverfahren statistisch in das Jahr 1936 zu rechnen sind.

Die Straftat muß vor dem 20. April 1936 geschehen sein.

Wenn man diese Zahlen mit früheren Statistiken vergleicht, so kann ein ganz genaues Ergebnis nicht gefunden werden, weil die Statistik Gefängnisstrafen bis zu einem Monat nicht gesondert auführt. Sie rubriziert nur Gefängnisstrafen bis zu drei Monaten. Für das Jahr 1932 finden wir

Gefängnisstrafen bis zu drei Monaten 147.059
Geldstrafen 318.897

Im ganzen Jahr 1932 finden wir also 465.956 Fälle, die unter die Amnestie hätten fallen können, wobei die Zahl der Gefängnisstrafen von 1—3 Monaten diese Zahl um mindestens 30.000 herabsetzen dürfte. Für ein Drittel des Jahres 1936 kamen aber nach dem amtlichen Zugeständnis des Reichsjustizministers nicht weniger als 495.014 Fälle in Betracht. Schätzungsweise haben sich demnach die kleinen Straftaten auf das Dreifache erhöht.

Dieses Ergebnis wird man sich merken müssen, wenn die Statistik für das Jahr 1936 erscheinen wird.

»Die alte Temming stand steif da . . .«

Ein Bericht aus dem Gerichtssaal.

Aus der »Westfälischen Landeszeitung«:

»Im September vorigen Jahres hatte die Staatspolizei die 63jährige Charlotte Temming aus Dortmund ernstlich verwarnt, ihre Tätigkeit für die Sekte der internationalen ersten Bibelforscher einzustellen, da sie sonst mit den Strafgesetzen in Konflikt kommen werde.

Die alte Frau ließ sich nicht belehren, sondern zog weiter von Haus zu Haus mit ihren Bibeln, die sie zum Kauf anbot, und gab noch dickleibige Bücher und Traktätchen der »Ersten Bibelforscher-Vereinigung« hinzu, damit man sich auf das Reich des Hebräergottes Jehova vorbereite. In diesen »heiligen Heftchen« aber las man allerlei Dinge, die sich ganz offen gegen den nationalsozialistischen Staat und sogar gegen den Führer selbst richteten, also hochverräterischen Charakter trugen.

Das Gericht trat an. Die alte Charlotte Temming stand steif da und verweigerte den Deutschen Gruß, wofür sie in eine Strafe von drei Tagen Haft wegen Ungebührens vor Gericht genommen werden mußte. Sie blieb dabei, nur die Jüngerin Jehovas zu sein und nur ihm Heil zu wünschen. Der Tatbestand war klar. Der Staatsanwalt betonte, daß man die Gefährlichkeit dieser internationalen Sekte voll erkannt und sie deshalb verboten habe, denn in ihr und hinter ihr versteckten sich die kommunistisch-jüdischen Drahtzieher im In- und Auslande. Das Sondergericht folgte den Ausführungen des Anklagevertreters und erkannte auf ein Jahr Gefängnis.

Schacht in Verlegenheit

Der Wahwitz der Autarkie wird offenbar

Der Dr. Schacht ist, wie seine Erklärung über die Abwertung der ausländischen Währungen vor dem Zentralausschuß der Reichsbank beweist, sehr böse. Der Zorn erklärt sich aus persönlichen Gründen und aus sachlichen Befürchtungen. Eben war der deutsche Wirtschaftsminister und Reichsbankpräsident in Paris gewesen, war sehr höflich behandelt worden und hatte sogar mit dem französischen Ministerpräsidenten, der in Deutschland als Jude und Marxist mit Zustimmung desselben Schacht entweder längst ermordet oder den Folterungen in einem Konzentrationslager erliegen wäre, dinert und verhandelt; die Welt zerbrach sich 24 oder vielleicht auch 48 Stunden lang den Kopf über die wirtschaftliche und politische Bedeutung dieser Unterhandlungen; die deutsche Presse pries das wachsende Verständnis der Sozialisten geführten und von Kommunisten gestützten französischen Regierung — und da erfährt Schacht aus der Zeitung wie jeder gewöhnliche Sterbliche von der Währungsänderung Frankreichs, erfährt, daß Frankreich sich um die Mitwirkung der beiden anderen großen Demokratien, Englands und der Vereinigten Staaten, mit Erfolg bemüht hat, daß aber Deutschland, das mächtige, ehrwürdige, waffenstarrende Deutschland Hitlers, von jeder Mitwirkung ausgeschlossen wurde und ausgeschlossen bleibt, geschweige, daß es den englischen, amerikanischen und französischen Regierungen in den Sinn gekommen wäre, den Schacht um Erlaubnis oder auch nur um seine Meinung zu fragen.

Kein Wunder, daß er jetzt loswettert über die neue »Unstabilität«, daß er sich zu der tollen Behauptung versteigt, daß es »außer in Deutschland noch in drei oder vier anderen Ländern keine Währung in der Welt mehr gäbe, die prinzipiell eine feststehende Grundlage hätte.« Da aber »prinzipiell« in Hitlerdeutschland nachgerade das heißt, worum man sich praktisch nicht kümmert, so wird wohl die übrige Welt über diese Schachtsche Kühnheit mit der Konstatierung hinweggehen, daß die deutsche prinzipielle stabile Währungsgrundlage auf rund 65 Millionen RM Gold zusammengeschrumpft ist, während der Goldschatz der Vereinigten Staaten 10½ Milliarden Dollar, der Englands 600 bis 700 Millionen Pfund und der Frankreichs immerhin noch rund 50 Milliarden Frs. alter Parität beträgt. Die Wiedererlangung und Aufrechterhaltung der Stabilität, die für den Dollar und in etwas geringerem Maße für das Pfund in Wirklichkeit seit bald zwei Jahren erreicht ist, ist also für die Welt außerhalb der Diktaturen wirtschaftlich jederzeit zu haben und hängt nur von ihrem politischen Willen ab in schärfstem Gegensatz zur deutschen Situation; denn die deutsche Mark hat ihre internationale Geltung längst verloren, ist eine reine Binnenwährung, die durch die fortschreitende Inflation innerlich unterhöhlt ist. Das weiß man draußen und deshalb hat man Deutschland gar nicht erst gefragt. Ganz richtig sagt der »Economist«:

»Seit 1931 gehört die Mark weder zum Goldblock noch zum Sterling-Dollar-Block. Wenn überhaupt, so gehört sie zu einem Sowjet-Deutschland-Block; denn das deutsche System, wenn auch weitaus komplizierter, ist wesentlich das russische... Bei der Reichsmark handelt es sich überhaupt nicht um Devaluation. So weit sie einen freien Markt hat, also soweit sie Reise- und Registermark hat, ist sie bereits abgewertet und schwankend. Im Unterschied von allen anderen Währungen, die nur in der Zeit unstabil sind, schwankt sie nach Zeit und Raum. Eine Mark, die an einem Eisenbahnschalter von dem einen zu ihren vollen Nennwert genommen wird, von anderen mit einem Abschlag von 60 Prozent, wird im Büro eines Kaufmanns überhaupt nicht in Zahlung angenommen; und eine Mark, die die deutsche Grenze überschritten hat, ist überhaupt wertlos. Wenn es sich um den Wert der Mark handelt, so besteht der erste notwendige Schritt darin, nicht ihn abzuwerten, sondern ihn aufzuwerten. Die sogenannte stabile Mark ist eine kalkulatorische und statistische Einheit. Eine bloße Erklärung, daß diese Kalkulationsmark in Zukunft um 30 Prozent in Gold weniger wert sei, als sie es heute nach der offiziellen, aber ganz irreführenden Behauptung ist kann überhaupt

keine Wirkung haben und müßte eine Wertberichtigung aller übrigen Marksorten nach sich ziehen. Eine wirkliche Währungsreform müßte das Ziel haben, eine einzige Mark wieder herzustellen. Das wäre unvereinbar mit der verschiedenartigen Behandlung der ausländischen Schulden. Eine solche Mark würde nur dann wirkliche Bedeutung haben, wenn freie Transferierung und ein freier Devisenmarkt bestünde. Die Existenz der auswärtigen Verschuldung und die Nichtexistenz einer Währungsreserve macht aber einen solchen freien Markt unmöglich.«

Den deutschen Nöten ist aber durch irgendwelche Währungsmanipulationen überhaupt nicht abzuhelfen, sondern nur durch Rückkehr zu einer ehrlichen und vernünftigen Wirtschaftsführung, durch Einstellung der verrückten Agrar- und der verbrecherischen Kriegspolitik, was allerdings den Sturz der Diktatur zur unumgänglichen Voraussetzung hat.

Aber Schachts Zornausbruch entspringt nicht nur verletzter Eitelkeit, er hat auch schwerwiegende sachliche Gründe. Denn die Abwertung der bisherigen Goldblockländer schafft für Deutschland neue und recht bedenkliche Schwierigkeiten. Zwar könnte es zunächst scheinen, daß Deutschland als Schuldner aus der Abwertung auch Vorteile ziehen müßte. Die Schulden an die drei Goldblockländer dürften heute bei einer gesamten Auslandsverschuldung von rund 13 Milliarden Reichsmark etwas unter 4 Milliarden RM betragen; die 30prozentige Abwertung würde also eine Verringerung der Schuld um etwa 1,2 Milliarden RM bedeuten. Deutschland hat aber schon jetzt nur ein Minimum an Zinsen bezahlt, das die verschiedenen Gläubigerländer von Schacht unter der Drohung erlangen konnten, daß sie sonst ihre Bezüge an deutschen Waren noch weiter heruntersetzen würden. Es ist also nicht sicher, ob Schacht eine wesentliche Verminderung der Zinslast, auf die er jedenfalls seine nächste Anstrengung konzentrieren wird, wird erreichen können.

Viel entscheidender ist dagegen die Verschlechterung der handelspolitischen Situation. Trotz aller Versuche Schachts, den Außenhandel nach dem europäischen Südosten und nach Uebersee zu verlegen, bleiben die europäischen Industrieländer Deutschlands wichtigste Kunden und vor allem die Gläubigerländer diejenigen, die bereit sind, auch Exportüberschüsse von Deutschland in Empfang zu nehmen. Zwar hat die verrückte deutsche Autarkiepolitik auch im Handel mit den Goldblockländern schreckliche Verwüstungen angerichtet. Die deutsche Einfuhr aus Frankreich z. B., die 1927 noch 806 Millionen Reichsmark betrug, ist 1935 auf 154 Millionen zurückgegangen; die deutsche Ausfuhr von 935 Millionen in 1929 auf 253 Millionen im Jahre 1935. Trotzdem konnte Deutschland im Verkehr mit Frankreich, Holland und der Schweiz jene Ausfuhrüberschüsse erzielen, aus denen es allein die Schuldentilgungen und die Rohstoffzufuhren decken kann. Im zweiten Vierteljahr 1936 betrug der Ausfuhrüberschuß gegenüber den Goldblockländern noch 123 Millionen Reichsmark und war damit mehr als doppelt so hoch als der gesamte Ueberschuß der deutschen

Handelsbilanz von 50 Millionen in dem gleichen Zeitraum. Nun bedeutet Abwertung für einen nicht genau zu berechnenden Zeitraum eine Erschwerung der Einfuhr in die abwertenden Länder und eine Steigerung ihrer Exportfähigkeit. Die deutsche Einfuhr in die Goldblockländer wird also sinken. Will Schacht das vermeiden, so muß er die deutschen Exportprämien für die bisher schon zu teuren Ausfuhrwaren noch weiter erhöhen, während schon die Aufbringung der einen Milliarde, die ihm bisher für das Dumping zur Verfügung stand, auf große Schwierigkeiten gestoßen ist. Schacht muß also mit einer Verringerung des Ausfuhrüberschusses rechnen, um so mehr, da auch der Export nach den übrigen Märkten jetzt auf die durch die Abwertung begünstigten französischen, holländischen und Schweizer Fabrikate stoßen wird. Die Verringerung des Ausfuhrüberschusses bedeutet aber weitere Verringerung der Devisenbeiträge zum Ankauf von Rohstoffen und Nahrungsmitteln.

Diese trübe Aussicht trifft das Regime in dem kritischen Zeitpunkt, in dem der ungünstige Ernteausschlag trotz aller Ablehnungen vermehrte Einfuhren zur zwingenden Notwendigkeit macht. Denn daran können auch die neuen Einschränkungmaßnahmen nichts Wesentliches ändern. Wenn der Verkauf von Schlagsahne an den Verbraucher verboten wird, wenn der Landwirt und Milchhändler Schlagsahne nicht mehr herstellen darf, wenn die Molkereien an Konditoreien oder Kaffeehäuser noch höchstens 25 Prozent der im September vorigen Jahres gelieferten Menge ausliefern dürfen, wenn Käse nur noch als Halbfettkäse mit 20 Prozent Fettgehalt erzeugt werden kann, so kann vielleicht dadurch die Butterknappheit etwas verringert werden, aber die Fettversorgung des Volkes ist damit in keiner Weise gewährleistet, um so weniger, da es in der Margarineindustrie an Rohstoffen mangelt. Selbst die »Werktagkost«, auf die Hitler das deutsche Volk gesetzt hat, ist also keineswegs gesichert.

Man begreift deshalb die Wut des Schacht, der sehr gut versteht, daß »das Devisenbewirtschaftungssystem durch keine bloße Abwertung überflüssig gemacht werden« kann, wie er sagt, sondern nur durch eine Einschränkung der wahnsinnigen, über die deutsche Wirtschaftskraft hinausgetriebenen Ausrüstung, was er nicht sagen darf. Daher seine Forderung, daß die Schuldenlast noch weiter verringert und die Kolonien zurückgegeben werden, also die Forderung, daß das Ausland die deutsche Kriegsvorbereitung selbst noch weiter fördere durch Verzicht auf seine Forderungen und durch Abtretung der für die deutsche Kriegsrüstung erforderlichen Rohstoffe. Aber darauf hat die Antwort der Parteitag der englischen Konservativen in Margate gegeben, der auch nur die Diskussion Hitlerscher Kolonialforderungen verweigert hat und alle Kräfte des englischen Weltreiches zur Rüstung gegen die diktatorischen Angreifer einsetzen will. Aus den »zweckdienlichen« internationalen Verhandlungen, zu denen sich Schacht so zudringlich bereit erklärt, wird wohl nichts werden. Dr. Richard Kern.

Wehrfreiheit hemmt die Erzfreiheit

Nach der Feststellung des Instituts für Konjunkturforschung (Wochenbericht 23. 9. 36) hatte im 2. Quartal dieses Jahres die industrielle Produktion den Stand vom zweiten Vierteljahr 1929 mit der Indexziffer 104 (1928 = 100), »den höchsten Wert der Nachkriegsjahre überhaupt erreicht.« »Damit sind die schweren Schäden der letzten Krise, die Deutschland vorübergehend um Jahrzehnte zurückgeworfen hatte, am Produktionsvolumen gemessen, überwunden; die Erzeugung steigt nunmehr in Neuland vor.« In dieses Neuland hat der Führer in Nürnberg die Welt einen Blick tun lassen. Es ist die unbeschränkte deutsche Rohstofffreiheit. Sie ist ja beinahe kein neues Ziel des nationalsozialistischen Staates, sondern allenfalls ein weitergestecktes altes. Solange es einen nationalsozialistischen Staat gibt, ist man nach Kräften bemüht, den fremden Rohstoff

vom rassenreinen verdrängen zu lassen. Schon vor Ausbruch des Dritten Reiches hat man in Deutschland z. B. Eisenerz gefördert, vornehmlich im Siegbezirk. Man müßte nun annehmen, daß die Förderung von Eisenerz im Hitlerreich alles übertrifft, was selbst in der besten Zeit vor Hitler geleistet worden ist. Ganz so ist es aber nicht. Im Jahre 1936 war zwar die industrielle Produktion nach amtlicher Schätzung bereits auf der Höhe von 1929 angelangt, aber nach der Angabe des »Deutschen Volkswirt« (18. 9. 36) nicht die Förderung heimischer Eisenerze. Die Eisenerzförderung Deutschlands betrug nämlich 1929 6,3, 1935 5,3 und im ersten Halbjahr 1936 rund 3 Millionen Tonnen. Nicht die Förderung heimischer, sondern die Einfuhr ausländischer Eisenerze hatte den Stand von 1929 überschritten. Es wurden eingeführt 1929 16,9, im ersten Halb-

jahr 1936 9,6, also auf das Jahr umgerechnet nahezu 20 Millionen Tonnen. Die »Wehrfreiheit« hat uns also nicht die Rohstofffreiheit gebracht, sondern, im Gegenteil, die Abhängigkeit Deutschlands vom Bezug ausländischer Erze gesteigert. Von der gesamten Versorgung mit Eisenerz, also Einfuhr und heimische Förderung zusammen entfielen auf die Eigenherzeugung 1929 27 Prozent, 1936 nur 24 Prozent.

Dieses Zahlenbild ist aber irreführend, weil es für den praktischen Wert der Erze weniger auf ihre Menge als auf ihren Metallgehalt ankommt. Die vom Ausland eingeführten Erze haben einen Eisengehalt von 55 bis 60, die in Deutschland selbst gefördert von nur 30 bis 35 Prozent. Aber nicht nur wegen des geringen Gehalts der Erze, auch wegen ihrer geologisch ungünstigen Verhältnisse war die deutsche Erzabfuhr immer nur mit staatlichen Zuschüssen und auch dann nur notdürftig zu erhalten. Im Jahre 1928 hatte der Enqueteausschuß des Reichstags durch Befragung von Sachverständigen untersucht, ob es volkswirtschaftlich gerechtfertigt sei, den Erzbau aus allgemeinen Mitteln zu erhalten. Der Vorsitzende des Ausschusses, Reichsminister a. D. Dernburg, fragte den als Sachverständigen vorgeladenen Dr. Arit, Ministerialrat im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe:

»Wenn wir einmal nach den Grundsätzen der allernüchternsten Rationalität diese Dinge prüfen, so liegt im Augenblick die Situation so, daß wir ohne Schädigung unserer Eisenerzeugung den Siegerländer Erzbau stilllegen könnten?«

Diese Frage beantwortete der Sachverständige Arit mit einem schlichten und klaren: »Ja...« Seitdem hat die Ertragsfähigkeit des Erzbergbaus sicherlich weiter abgenommen. Aber im Dritten Reich spielen Kosten noch weniger eine Rolle als zur Zeit, da die staatliche Subventionsfreudigkeit noch durch liberalistische Vorurteile gehemmt war. Man schickte eine staatliche Ingenieurkommission über Land, um noch unerschlossene Erzfundstätten ausfindig zu machen. Es gibt jetzt kaum eine Fundstelle mehr, die mit noch so geringem Eisengehalt, nicht der Eisenerzeugung dienstbar gemacht würde. Die Kosten bezahlt das Dritte Reich, aber all dieser ungeheuren Aufwand hat nur vermocht, das Erz zu verteuern, aber weder die Erzeinfuhr einschränken, noch die heimische Erzeugung auf den einstigen Stand bringen können. Der Menge nach deckt die heimische Erzeugung noch nicht ein Viertel, dem Eisenwert nach nur knapp ein Fünftel des Eisenverzehrungs. Die Verhüttung dieses einen Fünftels erfordert aber nach dem »Deutschen Volkswirt« »das Vierfache an Kosten gegenüber der von Auslandserzen mit 60 Prozent Eisengehalt.« Je mehr neue Fundstätten erschlossen werden, um so geringer ihr Eisengehalt, um so höher ihre Kosten. Das geht bis zu einer Grenze, nach deren Ueberschreitung die angeblich erstrebte Devisensparnis in Devisenverschwendung umschlägt. Es scheint, als sei diese Grenze schon erreicht. Warnend schreibt der »Deutsche Volkswirt«, es sei »die Rücksicht auf unsere Devisenbilanz, die jetzt noch zu einer gewissen Beschränkung im Verbrauch unserer eigenen Erze zwingt.« Denn durch die Verteuerung des Rohstoffs drohe die Ausfuhr von Eisen und Stahlfabrikaten und damit mehr Devisen verloren zu gehen, als durch die heimische Erzförderung gespart werden. Die gesamte deutsche Eisenwirtschaft nämlich hatte 1935 einen Ausfuhrüberschuß von rund 1,1 Milliarden erbracht, während die Erzeinfuhr nicht vielmehr als ein Zehntel davon, nur 123 Millionen erforderte. Mit anderen Worten: auf dem Gebiete des Eisenerzes können die Aufgaben, die im Interesse der deutschen Gesamtwirtschaft im Rahmen des neuen Vierjahresplanes gelöst werden müssen, nicht gelöst werden. Ausgenommen, wenn es gelingt, Eisenerze auf die unerreicht billigste Weise zu fördern, nämlich aus der Luft. G. A. F.

Statistik des Irrsinns

Nach einem Erlaß des Reichs- und Preussischen Innenministers ist, soweit ein Beteiligter einer öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft nicht angehört, die Eintragung »ohne Religion« in das statistische Zählmaterial nur auf Verlangen vorzunehmen. Statt der Angabe »Di« ist auf Wunsch die besondere Weltanschauungsgemeinschaft zu nennen, z. B. »Deutsche Glaubensbewegung«, »Deutschgläubige Gemeinschaft«, »Nordische Glaubensgemeinschaft«, »Christlich-deutschnordische Religion« usw., dagegen sind die Sammelbezeichnungen »deutschgläubig« oder »deutschgottgläubig« nicht zu verwenden.

(Aus einer Bekanntgabe in den deutschen Zeitungen.)

Hermann Wendel zum Gedächtnis

»Es lebe Deutschland! — Vive la France!«

Leicht hat es Hermann Wendel dem Tod nicht gemacht, ihn zu holen. Monatlang setzte sich seine trotzige Lebenskraft gegen ihn zur Wehr, bis endlich auch sie dem Allberzinger erlag. Nun, da das längst Befürchtete geschehen ist, wird uns erst die ganze Größe des Verlustes klar, den das geistige Deutschland durch den Hingang dieses Mannes erlitten hat.

Hermann Wendel war Künstler, Kämpfer und Forscher in einer Person. Es ist schwer zu sagen, welcher von diesen drei Charakteren in ihm überwog. Manchmal, wenn er sich wie ein Maulwurf in eine historische oder literarhistorische Aufgabe vergrub, konnte man glauben, der Gelehrtentrieb sei vorherrschend. Hatte er das Problem erfaßt und ging er daran, dem Ergebnis Form zu geben, so schien er, von der Lust des Gestaltens ergriffen, ganz Künstler zu sein. Stieß er aber auf Widerstand, kam er an einen Feind, dann begann es in seiner Sprache zu funkeln und zu blitzen, und niemand konnte mehr daran zweifeln, daß der Kämpfer in ihm der stärkste war.

Wendel hatte mehr als eine Liebe, aber er hatte nur einen Haß. Er liebte seine Partei, in deren Dienst er seine ersten Ritte in die Politik gemacht hatte. Er liebte die großen Köpfe der Weltliteratur, er liebte Süddeutschland, die Franzosen und die Serben. Aber das einzige, was er aus tiefster Seele haßte, das war die wattierte Heldenbrust, wie sie im deutschen Norden zu Hause war, das blecherne Schnedderengedeng, den falschen Prunk und Pöfel des anbefohlenen Patriotismus. Eben weil er eine echte Kraftnatur war und alles liebte, was kräftig und gerade gewachsen war, gab es für ihn kein Kompromiß mit der geschwollenen Kraftmeierei und jener Sorte von Heidentum, die der Furcht vor dem Vorgesetzten entspringt. In französischen Zeitungen ist zum Lobe des Verstorbenen gesagt worden, er, der in Metz geboren, habe französisches Blut in den Adern gehabt. Aber Wendels Vorfahren stammten aus Innerdeutschland, und der Haß, mit dem er Dingen begegnete, die bei Ausländer nur Ekel und Gelächter erregen, ist deutsch.

Mit 21 Jahren, im Jahre 1905, ist Wendel, der in Metz das Gymnasium besucht, in München Philosophie und Geschichte getrieben hatte, Redakteur der »Sächsischen Arbeiterzeitung« in Dresden. Er durchläuft rasch die Redaktionen von Chemnitz und Leipzig, um sich dann 1908 nach Frankfurt a. M. zu begeben, das bis 1933 seine Heimat wird. Er ist in dieser Zeit ein junger Radikaler aus Mehrings Schule, als solchen sendet ihn im Jahre 1912 ein sächsischer Kreis in den Reichstag. Hier gerät der 28jährige bald in die geistige Nähe des zehn Jahre älteren Ludwig Frank. Es war die Zeit, in der Frank an der Vorbereitung jener deutsch-französischen Parlamentarierkonferenzen arbeitete, die den Frieden zwischen den beiden Völkern sichern sollten. Für den jungen Wendel, der an der Grenze der beiden Kulturen aufgewachsen und von beiden durchdrungen war, konnte es keine schönere Aufgabe geben. Mit draufgängerischem Eifer wirft er sich auf die auswärtige Politik, und eines Tages steht er auf der Rednertribüne des Reichstags, um seine Jungferrede zu halten. Sofort erweist er sich als ein Meister des gesprochenen Wortes wie des geschriebenen. Scharf fallen seine geschliffenen Sätze in den Saal, bis endlich der Schluß wie eine Bombe hineindonnert: »Es lebe Deutschland! — Vive la France!«

Die patriotischen Heldenväter auf der Rechten hatten von dem ganzen wenig bemerkt. Der Schluß weckte sie. Hatte da nicht einer französisch geredet? Ja, da was hatte er gesagt? Hatte er nicht Frankreich hochleben lassen? Das schien ihnen der nackte Landesverrat! Für die Vernünftigen aber war der 28jährige Abgeordnete der Held des Tages.

Hier hätte eine große parlamentarische Laufbahn beginnen können. Wendel aber wurde erst durch seinen Erfolg des sen gewahr, daß er an einem Kreuzweg

stand. Der eine Weg führte in das Parlament, der andere in die Literatur. Wendel haßte den parlamentarischen Alltag mit seiner ungelistigen Betriebsamkeit; Sitzungen, in denen über hundert Nebensächlichkeiten geredet wurde und in denen kleine Leute ihre Eitelkeit spazieren führten, ödeten ihn an. Und vor allem, er verabscheute Berlin. Die Redaktion des »Vorwärts« hätte Wendel, ihren glänzenden Mitarbeiter, mit Stolz als ihr Mitglied begrüßt, aber keine Macht der Welt konnte ihn dazu überreden, nördlich der Mainlinie einen Arbeitsplatz zu übernehmen. Nur in Frankfurt, so versicherte er immer wieder, könne er arbeiten. Oder in Paris.

Inzwischen war der Krieg ausgebrochen, und Wendel hatte sich in der Partei eindeutig auf die Seite derer gestellt, die die Landesverteidigung bejahten. Aber ein Chauvinist war er darum noch lange nicht geworden. Es ist vielmehr kennzeichnend für die Eigenwilligkeit seines Wesens, daß er sich gerade während des Krieges unter den »Landesfeinden« die zweite große Liebe seines Lebens holte. Das tapfere, ursprüngliche, bäuerlich-demokratische Serbenvolk gefiel ihm. Für die Kriegspropaganda waren die Serben Leute, die auch im Frieden Läuse hatten und die die meiste Zeit ihres Lebens damit verbrachten, einander die Hammel wegzustehlen. Wendel wurde der große Verteidiger dieser viel verleumdeten und zu Unrecht mißachteten Nation. Er erlernte ihre Sprache, versenkte sich in ihre Geschichte und Kultur und ließ kaum ein Jahr vergehen, ohne eine Reise zu ihr zu machen. Das Ergebnis legte er in einer

Reihe von Schriften nieder, die Wichtiges dazu beitrugen, die zerrissenen Verbindungen nach dem Südosten wieder herzustellen. Als Adolf Köster, der ausgezeichnete Schriftsteller und Diplomat, den deutschen Gesandtenposten in Belgrad übernahm, fand er die Hälfte seiner Arbeit schon getan. Die Leute, die heute von Berlin in Geschäften nach Jugoslawien reisen, werden dort überall auf die Spur zweier Sozialdemokraten stoßen, die ehrlich für die Verständigung der beiden Völker gewirkt haben: Adolf Köster und Hermann Wendel.

Die französische und die jugoslawische Presse hat dem deutschen Schriftsteller Hermann Wendel bei seinem Tode hohe Ehren erwiesen, die deutsche, soweit sie sich in der Reichweite Hitlers befindet, hat geschwiegen. Nirgends in reichsdeutschen Zeitungen konnte man lesen, daß ein glänzender Schriftsteller, ein Meister der deutschen Sprache gestorben war.

Man hat in Deutschland selbst in guten Zeiten weniger als in anderen Ländern verstanden, was ein Mann für ein Volk bedeutet, der seine Sprache gut zu schreiben versteht. Es ist darum vom heutigen Deutschland erst recht kein Verständnis dafür zu erwarten, daß eine Seite aus einem Buch Wendels oder ein Artikel von ihm in höherem Sinne nationales Besitztum sind als sämtliche gebundene Jahrgänge des »Völkischen Beobachters«.

Wendel war ein fruchtbarer Schriftsteller. Neben seinen Schriften über Jugoslawien verzeichnen wir seine Geschichte der Stadt Frankfurt, seine Bebel-

Biographie, die »Französischen Menschen«, den »Danton«, das Buch über Heinrich Heine, die wundervollen Jugendgedenken. Dazwischen her laufen ungezählte Aufsätze des fleißigen Journalisten in den verschiedensten Zeitungen der Welt.

Liest man eine Schrift Wendels, so scheint alles mit spielerischer Leichtigkeit hingeworfen. Wer Wendel näher kannte, weiß aber, daß er schwer gearbeitet hat. Vor journalistischer Oberflächlichkeit bewahrte ihm das Gewissen des Forschers. Erst wenn er den Stoff gründlich durchgearbeitet und sich mit Wissen über seinen Gegenstand bis zum Bersten vollgeladen hatte, fiel ihm das Gestalt leicht. Das Tempo der Arbeit wurde auch nicht durch den Umstand beschleunigt, daß es — zumal in der Zeit des Exils — um das tägliche Brot ging.

Von der Tagespolitik hatte er schon lange vor dem nationalsozialistischen Umsturz Abschied genommen, und die Gnade der Sieger hätte ihm darum vielleicht auch ein weiteres Verweilen in seinem Vaterlande gestattet, wenn er nur selber gewollt hätte. Aber er ging.

Er fühlte, daß in diesem Deutschland für ihn kein Platz war.

Dennoch, es wird einmal ein anderes Deutschland kommen, das ein Denkmal errichten wird, auf dem die Worte zu lesen sein werden:

Hermann Wendel,
geboren 2. 3. 1884 zu Metz, gestorben
2. 10. 1936 zu Paris.

»Es lebe Deutschland! — Vive la France!«
F. St.

Bucherfolg im Dritten Reich

Duff Cooper: Talleyrand

Duff Cooper, des englischen Kriegsministers »Talleyrand« hat in Deutschland einen Riesenerfolg. Ein Kriegsminister, der statt mit dem Säbel zu rasseln und »Siegebeil« zu schreiben, geistvolle Bücher schreibt, ist ja an sich schon eine Sensation. Erst recht muß der Stoff, den er sich gewöhnt hat, auf reichsdeutsche Leser eine magnetische Anziehungskraft ausüben — denn welche historische Erscheinung wäre der heutigen Zeit näher als jener Charles Maurice von Talleyrand, der der absoluten Monarchie, dem konstitutionellen Königtum, der Republik, dem Direktorium, Kaiser Napoleon, dann wieder den Bourbonen und schließlich den Orleans Treueide am laufenden Band leistete, unter sieben verschiedenen Systemen Karriere machte, Geld nahm, wo er es bekam und schließlich hochbetagt als berühmter Staatsmann starb.

Dieses Buch liest sich nicht nur »wie ein Roman«, sondern wie ein Roman unserer Zeit, ja manchmal sogar wie ein Zukunftsroman mit tröstlichen Aspekten. Wäre es von einem Deutschen geschrieben, so würde man in jedem Satz eine Anspielung vermuten, mancher trifft die heutigen Machthaber wie ein Peitschenhieb ins Gesicht. Kein Wunder, daß das Buch mit Heißhunger verschlungen wird!

Wenn man da zum Beispiel das Wort eines Spötters liest, Talleyrand habe wohlgetan, seine Seele zu verkaufen, denn er habe für Dreck Gold bekommen — wer würde da nicht an den Staatssekretär Dr. Otto Meißner denken? Oder, wenn ein Wort Talleyrands selbst zitiert wird, daß das Verbrechen das Hilfsmittel politischer Tröppe sei — wer sähe da nicht Göring und den brennenden Reichstag hinter ihm? Oder gar, wenn einmal geschildert wird, wie Napoleon in einem Wutanfall mit den Fäusten auf Talleyrand losgeht, ihm ein Stück Mist in Seidenstrümpfen und einen Krüppel schimpft — welcher Deutsche könnte das lesen, ohne daß sich ihm flugs der Korse in einen Braunauer, der lahme Abbé in einen hinkenden Journalisten verwandelt, wobei er freilich alsbald bedenken wird, daß Hitler von einem Napoleon nichts hat als die schlechten Manieren,

Göbbels von einem Talleyrand nichts als den Klumpfuß!

Die Pariser Gestapo glaubt, daß der Herzog von Enghien mit den Royalisten komplottiert; ein Rollkommando hebt ihn in Baden aus, schleppt ihn über die Grenze, und er wird kriegsgerichtlich umgelegt. »Damals«, schreibt Duff Cooper, »übernahm Napoleon allein die volle Verantwortung für die Tat. Es wäre ihm übrigens auch nichts anderes übrig geblieben. Ein Diktator kann nicht andere tadeln für das, was in seinem Namen geschieht, es sei denn, er bestraft sie auch dafür. Auch kann er niemals zugeben, daß er sich geirrt hat.«

Ueberhaupt: die Autokratie: »Es ist einer der schwersten Fehler der Autokratie, daß sie keinen Raum für eine gesetzmäßige Opposition läßt... Offene Opposition ist Empörung, heimliche wird zum Hochverrat, und doch kann es Voraussetzungen geben, durch die ein solcher Landesverrat zur Pflicht eines vaterlandliebenden Mannes wird.«

Das darf in Deutschland gedruckt werden, wenn es in einem dicken Buch steht und einen englischen Kriegsminister zum Verfasser hat.

Selbst der heiligen Doichstoßlegende darf es mit ein paar entscheidenden Stößen zuleibe gehen: »Für das Wort Niederlage ist in der Weltanschauung des Chauvinismus kein Platz. Wenn auch das Wort Chauvinismus in den Tagen des ersten Napoleon noch nicht geprägt war, so war es doch dem Geiste nach schon damals lebendig, und den von diesem Geiste Besessenen war es nur recht und billig, daß ganz Europa der französischen Nation als Fußschemel zu dienen habe. Nun, da die Welle des Sieges Frankreich nicht mehr trug, gab es für Patrioten dieses Schlages dafür nur eine Erklärung: Verrat — und da ein Politiker von so fragwürdiger Vergangenheit wie Talleyrand den Frieden unterzeichnet hatte, war es keineswegs unnatürlich, daß man ihn verdächtigte, sein Vaterland verkauft zu haben. Der kriegshetzische Nationalist ist immer der erste, der seine Landsleute als Verräter schmählt.«

Napoleon ist geschlagen; eine neue Kammer wird gewählt. Talleyrand hofft auf

einen Erfolg der Gemäßigten. »Statt dessen gelang es den Royalisten, das ganze Land zu überrennen. Bonapartisten, Republikaner und Jakobiner waren ganz einfach ausgelitt.« Dieses hundertprozentig gleichgeschaltete Parlament verwandelt sich nachher in die »chambre introuvable«, die »unauffindbare«, weil niemals tagende Kammer — eine würdige Vorgängerin des unauffindbaren Reichstags.

Mit Waterloo schließt das Abenteuer der hundert Tage, die siegenden Fürsten halten ihren Einzug in die Pariser Oper, vom französischen Publikum — so stark war das Gefühl der Befreiung — mit Händeklatschen begrüßt. Kurz zuvor freilich hatte es noch ausgesehen, als ob die nun endgültig siegreiche Restauration ebenso ausgetilgt wäre, wie bald darauf bei den Wahlen der Bonapartisten.

Hat Duff Cooper den Deutschen eine Lektion in Geschichte erteilen wollen? Vielleicht — sicher aber gilt sein pädagogischer Eifer mehr den Franzosen und noch mehr den Engländern. Als Anhänger eines engen englisch-französischen Bündnisses sieht er in Talleyrand seinen Vorläufer. Trat doch auch Talleyrand mit großer Konsequenz für ein solches Bündnis ein und mit der sehr modern klingenden Begründung, England und Frankreich gehörten als Länder, in denen die öffentliche Meinung entscheidend sei, gegenüber der Autokratie Preußen, Oesterreich und Rußland zusammen. Ähnliche Ansichten vertritt heute auch der englische Kriegsminister, wie jeder weiß, der sich seiner aufsehenerregenden Pariser Rede erinnert.

Gleichviel, für den Deutschen bleibt sein Werk ein Buch der Anklage, aber auch der tröstlichen Verheißung. Wer könnte unbewegt bleiben, wenn er die hinreißend große Szene liest, in der Talleyrand die Pressefreiheit verteidigt. Man hört ihn sprechen: die Freiheit der Presse sei eine Forderung der Zeit und jede Regierung gefährde ihren Bestand, wenn sie sich eigensinnig weigere, das zu gewähren, was die Zeit von ihr fordere. »Ich kenne jemanden, der klüger ist als Voltaire, klüger als irgend ein Minister der Gegenwart und der Zukunft; dieser Jemand ist Jedermann. Sich in einen

Kampf einzulassen, in dem dieser Jedermann mit seinen Gefühlen und Interessen auf der Gegenseite steht, ist ein Fehler, und heutzutage sind politische Fehler gefährlich.

Der französische Jedermann hat im Laufe von achtzig Jahren den Bourbonen, den Orleans und den Bonaparte, drei Königen und zwei kaiserlichen Diktatoren den schlichten Abschied gegeben. Wer lesen kann, liest aus dem Buch Duff Coopers auch schon die Zukunftsgeschichte des deutschen Jedermann, der eines Tages zwar vielleicht nicht klüger sein wird als Voltaire, aber bestimmt «tärker als Hitler».

F. St.

Bald wieder 30. Juni?

Wir kennen sie nur zu gut, die »Patrioten« von 1871 bis 1914, die Phrasen drochen und Hurra schrien, weil der deutsche Staat von damals eben ihren Interessen günstig erschien — die aber 1918 schnell auf dem besagten »Boden der Tatsachen« ihr Herz für die Weimarer Republik entdeckten, in der es sich ja auch ganz gut leben ließ...

Seit 1933 aber tun dieselben Spötter und Verächter so, als seien sie die eigentlichen »Kämpfer« gewesen; heute drängen sie sich unter Berufung auf irgendwelche zweifelhaften »Verdienste« überall dahin, wo Einfluß und Macht sind, wo aber gerade sie durch ihre Vergangenheit und ihre Charakterlosigkeit am allerwenigsten hinpassen.

Es liegt eine gewisse Gefahr in diesem Fälschertum, und die wollen wir einmal aufzeigen. So mancher ehrliche Kerl, der treu zu unserer Sache stand, hat sich schon durch die Vernebelungstaktik jener Kreise überumpeln lassen, so mancher, der einst die Schmarotzer bekämpfte, fiel ihren Verlockungen selbst zum Opfer. Es sieht oft so bestechend aus, was sie vorbringen, die geschickten Händler und Macher; gerade auf einfache Menschen wirken sie durch »gute Manieren«, durch gewandtes Auftreten und geschickte Reden fast hypnotisierend — und plötzlich ist dann das Unglück geschehen, ist ein brauchbarer Volksgenosse kaltgestellt oder, was schlimmer ist, selbst korrumpiert, innerlich angefressen durch den prinzipiellen Egoismus.

(»Die Bewegung.«)

Das Gefährliche ist das eingebildete Führertum, das sich gründet auf eine Despotie und die Kräfte nicht schöpft aus der Treue und dem Mitgehen der Gefolgschaft, sondern aus Intrige und falschem Ehrgeiz. Ein solches Führertum, das keines ist, muß eines Tages jämmerlich zusammenbrechen und nicht nur sich selbst, sondern leider auch die Gemeinschaft mit sich hinabreißen, die an Stelle ehrlicher Treue die Schmelzelei und den krummen Rücken gezeigt hat. Die Verantwortung trifft hier nicht allein den Verantwortlichen, sondern auch die Gefolgschaft, die bewußt jenes falsche Führertum,

von dem es gewußt, das es gehalten und künstlich genährt hat. Eine solche unverantwortliche Gefolgschaft, die sich selbst verachtet, sich selbst mißbraucht, ist keine Gemeinschaft, sondern eine herrenlose, verantwortungslose Masse, die aus Furcht vor der Macht des anderen und vor der Materie lieber den eigenen Untergang in Kauf nimmt als rigoros seine Führung als falsch und unecht abzulehnen.

Ein Führertum, das sich täglich hundertmal beweihräuchern lassen muß, kann niemals ein Führertum sein. Nicht auf die Leistung, nicht auf die Erfolge, nicht auf Pflicht und Verantwortung baut ein solches Führertum auf, sondern auf falschen Ehrgeiz und einer nicht mißzuverstehenden Beurteilung seiner Gefolgschaft. Sand kann man jemand in die Augen streuen, aber ihn niemals auf die Dauer täuschen. Einmal fällt das ganze Gebäude zusammen, und was echt und wahr, schält sich heraus, vielfach zu spät für die Gefolgschaft, die es selbst verschuldet.

(»NS-Tageszeitung«, Zwickau.)

Es stehen uns noch große weltanschauliche Entscheidungen bevor, denen kein Deutscher wird ausweichen können. Jeder möge bei diesen Entscheidungen erkennen, daß allein die Partei ewig die Stelle sein wird, die entscheidet, was Nationalsozialismus ist und was nicht.

(Hauptamtleiter Neef in Königsberg lt. »Preuß. Ztg.« Nr. 270.)

Lebend gegerbt!

Der Raubbau mit der Volksgesundheit.

Der Auftrieb, den zur Zeit in Deutschland die Produktion von künstlichen Rohstoffen erfährt, ist mit den schwersten Gefahren für die Gesundheit der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter verbunden. Vor allem in der chemischen Industrie, aber auch in anderen Industriezweigen, wird gegenwärtig außerordentlich stark experimentiert und massenhafte Versuche angestellt. Dabei werden die Arbeiter häufig von ganz neuartigen Krankheiten befallen, von Ausschlägen und Geschwülbildungen, vom Zerfressen der Haut und anderen gefährlichen Folgen.

Da die künstliche Rohstoffproduktion zum Kernpunkt des nächsten Vierjahresprogramms erhoben worden ist, spielt die Rücksicht auf die Gesundheit der deutschen Arbeiter überhaupt keine Rolle. Die Arbeiter werden gezwungen, die gesundheitschädlichen Arbeiten in den Betrieben zu verrichten. Der für die Arbeitsämter zuständige Arzt bescheinigt jederzeit die dazu erforderliche Verwendungsfähigkeit.

Um wenigstens den Schein zu erwecken, als ob etwas zum Schutz der Arbeiter geschähe, teilt in der Zeitschrift »Forschung« tut not ein Regierungs- und Gewerbe-Medizinalrat Dr. Gerbis mit, daß gegen die

»erworbene« Ueberempfindlichkeit der Haut, durch die der Ausschlag hervorgerufen würde, durch ein Verfahren, das als »Lebendgerbung der Haut« bezeichnet wird, vorgegangen werden soll. Das sei notwendig, da der in Nürnberg verkündete Vierjahresplan »unter Umständen in seiner Ausführung dadurch erschwert werden könne, daß manche chemischen Stoffe bei technischer Verwendung von der Haut dieser Leute so schlecht vertragen werde, daß ihre Verwendung eingeschränkt werde. Die vorbeugende Hautbehandlung mit Gerbstoffen solle in den Betrieben vor sich gehen.«

An die Ärzte, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Landeskrankenkassen, an die Betriebsführer und an die Deutsche Arbeitsfront geht der Appell, das Verfahren möglichst rasch zu prüfen, auszubauen und allgemein einzuführen. Angeblich sollen durch die Lebendgerbung der Haut gewaltige gesundheitliche Schädigungen beseitigt und verhütet werden.

Daß diese Lebendgerbung der Haut selbst eine gesundheitliche Schädigung darstellt, das verschweigt dieser Regierungs- und Gewerbe-Medizinalrat. Ebenso wenig werden durch sie die aus den Versuchen und Experimenten sich ergebenden Krankheiten abgewehrt werden können. Es ist ein regelrechter Raubbau, der jetzt an der Gesundheit der deutschen Arbeiterschaft vollzogen wird.

Wehrhafter Karneval

Der Festausschuß des Kölner Karnevals hat seine erste Sitzung abgehalten, um — wie offiziell verkündet wurde — »die Marschziele des nächsten Faschings festzulegen«. Wo Marschziele festgelegt werden, darf die Armee natürlich nicht fehlen, und so nahmen neben Abgesandten aller erdenklichen Behörden und Parteistellen zum ersten Male Vertreter der Wehrmacht an jener denkwürdigen Sitzung teil. Was hinter den verschlossenen Türen eigentlich Hochwichtiges verhandelt wurde, erfährt man aus der deutschen Presse nur andeutungsweise. Aber ein Satz im Bericht der »Kölnischen Volkszeitung« Nr. 273 gibt immerhin einen Begriff vom Charakter der witzigen und geistreichen Faschingsgespräche. Es heißt da:

Landesstellenleiter Dr. Toni Winkelkemper sprach als Vertreter des Gauleiters. Je zentralistischer die NSDAP in politischer Hinsicht denke, um so weitgehender könne sie die Gebrüder der Landschaften und Stämme sich auswirken lassen. Der Karneval 1937 solle ein starkes und mutiges Volk begünstigen, das im Ernstfalle auch mit seinem Leben für sein Land einzutreten wisse.

Das Narrenreich ist somit zum totalen Staat ernannt worden — und umgekehrt.

»Antihumorseuche«

Den Deutschen ist das Lachen vergangen. Die »Deutsche Artistik«, das Fachblatt des Artistenverbandes, klagt:

»Es scheint sich eine Art »Eiserne Front« gegen den Humor gebildet zu haben. Zwar keine Organisation, sondern eine »Gemeinschaft der Geister«. Sie hat sogar »drei Pfeile«. Allerdings keine »eisernen«, das ist natürlich nur bildlich gemeint. Der erste Pfeil: »Würde«, der zweite: »Sittlichkeit«, der dritte: »Ehre«. Ich fürchte nur, diese »Pfeile« werden niemals treffen. Es ist wahrscheinlich, daß sie wie ein Bumerang zurückflitzen und den treffen, der sie abgeschossen hat. Es ist unglaublich, wieviel Leute z. B. heute noch gegen den Komiker eingestellt sind.

Manche haben vielleicht noch nie einen gehört. Andere haben vielleicht noch unliebsame Erinnerungen aus der Systemzeit im Gedächtnis, ohne zu wissen, daß sich inzwischen mancherlei geändert hat. Die dritte Kategorie sind die Vollblutspießler, von denen die Antihumorseuche ausgeht. Von einer Seuche muß man hier schon reden. Denn auch jene ist wie ein schlechendes Gift und unterhöhlt die Volkskraft. Die Abkehr vom Humor ist aber verhängnisvoll für ein Volk. Miesepeterei unterhöhlt die gesunde Lebenskraft und bedeutet Selbstauflösung, sowohl des einzelnen wie des ganzen Volkes.

Eben drum!

Gemecker aus Indien

In ihrer Rubrik »Der Leser hat das Wort« veröffentlicht die »Deutsche Allgemeine Zeitung« (Nr. 450-51) einen Brief aus Niederländisch-Indien, in dem es heißt:

Wer beruflich darauf angewiesen ist, viele deutsche Zeitungen, Zeitschriften und weitere Druckerzeugnisse zu lesen, dabei aber nur wenig in der Lage ist, sich selbst in dieser Sprache mündlich zu äußern und das gesprochene Wort nur noch im Kurzwellensender hört, dem fällt es auf, daß der Stil und die Art und Weise, worin sich unser Volk in seiner Muttersprache ausdrückt, mehr und mehr zu wünschen übrig läßt. Die Klarheit und Einfachheit im deutschen Satzbau, worauf zu meiner Zeit selbst in den humanistischen Gymnasien ganz besonderer Wert gelegt wurde, verschwindet von Tag zu Tag und macht einer oftmals geschraubten und hohlen Sprech- und Schreibweise Platz. Man sagt nichts mehr, sondern »bringt zum Ausdruck«, ein Verbrecher wird nicht mehr bestraft, sondern »wird der Strafe zugeführt«, ein Unternehmen wird nicht eröffnet, sondern »findet seine Eröffnung« usw. Im deutschen Kurzwellensender kann man fast jeden Tag hören, daß irgendetwas »zum Ausdruck gebracht, unter Beweis gestellt, zur Lösung gebracht« ist oder werden soll... Es wird Zeit, daß man wieder zu einem einfachen und eindeutigen Satzbau zurückkehrt.

Hier wird ganz deutlich und schamlos der Stil des Führers kritisiert, denn keiner liebt die getadelten Satzschrauben mehr als er.

Das nicht ganz Wesentliche

Das Wesentliche, worauf es im politischen Leben ankommt, sind weniger die gedanklichen Prägungen, Programme und Thesen, sondern das Unausprechliche: Gesinnung, innerste Einstellung, leidenschaftliches Wollen, Preisgabe alles anderen für die Erhaltung deutscher Art.

»Der deutsche Student«, Septemberheft.

Der Prinz von Autarkadien

(Frei nach Offenbach.)

Als ich noch Prinz war von Autarkadien, Da hatt' ich einen schönen Traum: Ich macht' aus Kühmist Schokoladen Und Perlenschmuck aus Seifenschäum. Ringe reiften Feigen, Apfelsäften, Zigarren Lebertran, Muskat, Australien, Java, Argentinien Enthielt mein Reich in Kleinformat.

O wär ich Prinz noch von Autarkadien, Von Autarka-a-a-a-a-a-dien!

Als ich noch Prinz war von Autarkadien, Da war das Dasein ein Genuß: Man aß statt Butter Marmeladen Und trocken Brot in Ueberfluß. Die Hemden waren und Textilien, Die Gummireifen aus Ersatz. Der Nörgler, der derlei Quälquillen Beklagte, nahm im Zuchthaus Platz.

O wär ich Prinz noch von Autarkadien, Von Autarka-a-a-a-a-a-dien!

Jedoch das Glück von Autarkadien Erwies sich, ach, als Illusion: Statt Wohnungen — Kasernen, Stadien! Statt Fett — Kanonen, Munition! Der Masse ging es stets elendiger Von Königsberg bis Zwietselstein. Sie schrie von Tag zu Tag unbändiger: »Gebt Brot statt Autarkadestein!

Macht endlich Schluß mit Autarkadien, Mit Autarka-a-a-a-a-a-dien!

Mit meinem Reich von Autarkadien Da geht es nach und nach zu End. Kein Mensch schaut mehr nach den Paradien, Man wünscht ein ander Regiment.

Mein Ruhm beginnt sich zu verflüchtigen, Es sinkt mein Tag, mein Stern strahlt matt. Das Volk, es will sich nicht ertüchtigen, Es wird nicht, doch es hat mich satt.

Wie bleib ich Prinz nur von Autarkadien Von Autarka-a-a-a-a-a-dien ?!

Muckl.

Das Führungszeugnis

Brief eines kleinen Beamten aus einer deutschen Provinzstadt.

... Heute habe ich zum ersten Male wieder eine sichere Gelegenheit, Dir einen Brief zukommen zu lassen. Sonst hättest Du wohl noch länger auf ein Lebenszeichen von mir warten müssen, denn die Post erscheint uns wie eine Art Fuchsfaller: jeder, der den entfernt wohnenden Freunden etwas mitzuteilen hat, überlegt sich dreimal, ob der oder jener harmlos gemeinte Satz nicht falsch gedeutet, die oder jene rein private Anspielung nicht politisch verstanden werden könnte. Man hat den Fuß im Eisen, ehe man sich versteht.

Ihr macht Euch überhaupt keinen Begriff, unter welchem seelischen Druck wir hier leben. Vor allem wir kleinen Beamten, die wir keine »alten Kämpfer« sind, zittern täglich um unsere armselige Existenz. Du mußt bedenken, daß in jeder Woche über jeden von uns ein »politisches Führungszeugnis« verfaßt und an die Kreisleitung abgesandt wird. In jeder Woche! Ihr da draußen Euch überhaupt vorstellen, was das heißt? Da sitzt also immer

einer neben Dir — mindestens einer —, der Dich von früh bis abends bespitzelt, belauert und alles schwarz auf weiß notiert. Denn irgendetwas muß in die Zeugnisse ja auch hineingeschrieben werden, wenn »nichts vorliegt«. Ich habe es noch verhältnismäßig gut. Mein persönlicher Vorgesetzter will mir wohl und ist selbst kein »Hundertprozentiger«. Aber R., der jetzt mit mir im gleichen Amte arbeitet, ist desto schlechter daran. Sein Nächsthörer ist Scharführer und möchte außerdem gern einen Schwager auf irgendeinem vakanten Posten unterbringen. R.'s Stelle wäre dafür gerade recht. Nun zittert der arme Kerl und möchte um sein Leben gern wissen, was in den Führungszeugnissen drin stehen mag, die der Scharführer zurechtschreibt. Man kann ja nichts kontrollieren und hat auch keinerlei Möglichkeit, sich etwa gegen falsche Anschuldigungen zu verteidigen. Wer in der Schule einen Tadel ins Klassenbuch bekam, wußte wenigstens warum. Hier bei uns weißt Du gar nichts. Man macht alle Aufmärsche getreulich mit, ob man sich dabei auch noch so sehr vor sich selber eckelt, man grüßt mit einem Frosch im Hals am Tage hundertmal »Heil Hitler!« — aber mit der Zeit bekommt man das Gefühl, daß die Denunzianten ringsum selbst die allerheimlichsten Gedanken erraten können, und wenn man z. B. angerufen wird, während man gerade lautlos in sich hineinflucht, schrickt man empor und wird rot wie ein ertappter Schulfürche. All das ist so über die Maßen unwürdig. Aber uns ist ja die Ehre zurückgegeben, da muß man eben das Maul halten.

Genockert wird natürlich mehr denn je, zumal die Lebensmittel schon wieder recht knapp sind und das Gehalt bei weitem nicht

ausreicht. Manch einer bringt schon wieder wie mitten im Krieg trocken Brot oder Marmeladenstullen mit ins Amt. Aber die Meckerergruppen werden nicht nur zahlreicher, sie werden auch immer kleiner. Drei Meckerer an einem Tisch sind schon selten, zwei ist die übliche Zahl, und die meisten folgen dem Grundsatz: Meckere zu Hause! Du gibst Dich ja jedem in die Hand, dem Du die Wahrheit über Deine Gesinnung sagst, und Du weißt nie, ob Dein Freund morgen noch Dein Freund ist. Wenn sich Möglichkeiten zu einer Karriere boten, hat man schon hässliche Ueberraschungen erlebt.

Der Ton auch innerhalb der Beamtenschaft ist viel, viel rüder geworden als früher. Es wird immer seltener »bitte« und »danke« gesagt, es wird einfach kommandiert und strammgestanden. Beim Publikumsverkehr geht es dann entsprechend zu. Aber die Meutereien, die früher in den Schalterräumen etwa der Fürsorgebehörden an der Tagesordnung waren, haben ganz aufgehört. Die Leute ducken sich, wenn sie statt der erbetenen Unterstützung einen Ruffel bekommen und schleichen sich davon. Das schmeichelt vielen Kollegen und gibt jedem kleinen Unterbeamten ein stolzes Herrschergefühl. Das macht sie auch vergessen, wie sehr sie selbst dafür nach oben katabuckeln müssen, und manche empfinden wirkliche, echte Genugtuung, wenn die ausgehungerten Fürsorgeempfänger vor ihnen zittern. »Die Ehre wiedergeben«, die Beamtenlehre. So sieht das dann aus. Ob denn diese Lust an der Einschüchterung und Unterdrückung des noch ärmeren Nebenmenschen im Deutschen niemals auszurotten ist? Wehe, wenn etwa

Beckmesser empfiehlt sich

Die reichsamtlliche Gratisreklame für Göbbels, Rosenberg und Hanns Johst.

Mit schätzenswerter Offenheit hat jüngst der Referent bei der sogenannten »Reichs-schriftstumsstelle«, ein Ministerialrat Dr. Heinz Wiesmann, einige Geschäftsgeheimnisse dieser seltsamsten Behörde, welche die Welt je gesehen hat, preisgegeben. Es geschah das in einem Vortrag, den mit Erlaubnis des Sprechers jetzt die Stuttgarter Zeitschrift »Die Literatur« bringen darf. Man darf ihm entnehmen:

»Von dem subjektiven Charakter aller literarisch-wertenden Gutachten war bereits die Rede. Mit der Feststellung dieses Charakters hängen nun zwei weitere fundamentale Grundsätze für die Arbeit der Reichs-schriftstumsstelle zusammen. Eben weil ausgearbeitete Gutachten notwendig subjektives Gepräge haben müssen, sind alle im Zuständigkeitsbereich der Reichs-schriftstumsstelle hergestellten Gutachten nur für den inneren Dienstgebrauch bestimmt. Aus dem gleichen Grunde lehnt die Reichs-schriftstumsstelle jede Beteiligung an der öffentlichen literar-kritischen Arbeit ab. Sie unterhält weder eine Zeitschrift, noch versucht sie die Presse zur Aufnahme formulierter literarischer Gutachten zu veranlassen. Unsere Aufgabe sehen wir allein darin, die Bücher, die gefördert werden sollen, stärker als alle übrigen in das Scheinwerferlicht der öffentlichen Aufmerksamkeit zu rücken. Wir teilen daher — um nur ein Beispiel aus der Praxis heranzuziehen — in regelmäßigen Abständen den Redaktionen der Zeitungen und Zeitschriften sowie dem Rundfunk lediglich die Titel der von uns ausgewählten Bücher mit und sprechen dabei die Bitte aus, diese Bücher auf breiterem Raum zu würdigen.«

So eine »Bitte« mit Kasset-Beigeschmack ist leicht vorstellbar... Nun sage man, Deutschland sei kein freies Land, was?! Der Herr Ministerialrat ist ein Beckmesser von geradezu liberalistisch-ausschweifenden Grundsätzen. Denn folgendermaßen hat er dann, weiterredenderweise, geendet:

»Ein Volk besitzt immer nur das, was es sich in der freien Auseinandersetzung geistig erobert hat. Lähmt man die Spontanzität dieses geistigen Ringens um die wesentlichen Werte, versucht man in diesem Bereich das Urteil in vorgefaßte Bahnen zu lenken, so trägt man zu Entmündigung des Volkes bei, während es doch gerade das Ziel der unablässigen Aufklärungs- und Erziehungsarbeit der nationalsozialistischen Bewegung ist, das Volk mündig zu machen.«

Und darum der Name: Reichs-schriftstumsstelle! Darum Terror tells mit dem Zuckerbrot und tells mit der Peitsche! Der Sinn des Herrn Ministerialrates auch nur für die

ein noch nicht Angesteckter wagt, auf irgendeine Ungerechtigkeit hinzuweisen, wenn er sich etwa dagegen wendet, daß Uniformierte an den Schaltern ganz anders behandelt werden, als unterernährte Zivilisten! Im Hintergrund lauert das »politische Führungszeugnis«. Es ist wie ein Alpdruck.

Das Führungszeugnis! Jede Woche eins. Du mußt vorzeigen, daß ich immer wieder davon anfang, aber es geht eben nicht aus den Gedanken. Du kannst Dir denken, was da für Papier verschrieben und welche Beamtenstab allein für die Kontrolle gebraucht wird. Man flüstert, daß in einigen Kreisleitungen ganze Berge von Personalakten einfach verbrannt wurden, weil in der Registratur alles drunter und drüber ging und kein Mensch sich mehr zurechtfindet. Es sind ja alles keine geschulten Leute, die da für unser gutes Geld am Schreibtisch sitzen. Was die Parteibeamten überhaupt in ihrer Bürozeit treiben, wenn sie nicht gerade die Sündenregister der Verdächtigen prüfen, ist uns allen ein Rätsel. In der Kassenführung geht es jedenfalls derart zu, daß man von einer planmäßigen Arbeit überhaupt nichts merkt. Immer wieder kommen Unterschlagungen vor, immer wieder hört man unter der Hand von großen Veruntreuungen, die jahrelang unentdeckt blieben. Da bezahlt der Staat nun zwei überlebende »Beamtenkörper« nebeneinander, Staats- und Parteibeamtentum. Wozu eigentlich? Nur damit Posten für alte Kämpfer geschaffen und damit die öffentlich gesammelten Gelder unbeaufsichtigt vertan werden können. Trotzdem ist gerade unter den alten Kämpfern die Unzufriedenheit groß, denn viele, die sich eine große Zukunft verspro-

Frankreich soll Westafrika hergeben

Der Schrei der braunen Propaganda

Herr Ribbentrop, von Hitlers Gnaden Botschafter in London, begnügte sich nicht mit der Wohnung seiner Vorgänger, sondern er ließ auf Reichskosten umfangreiche Umbauten durchführen. Was einst für den Fürsten Lichnowsky gut gewesen war, braucht noch lange nicht den Repräsentationsbedürfnissen und dem Geschmack des Teilhabers einer Sekte-firma zu entsprechen. In Berlin hat Ribbentrop eine eigene große Behörde hinterlassen, das sogenannte »Büro des Botschafters in besonderer Mission«. Diese Behörde soll jetzt zu einem »Kolonialministerium« umgewandelt werden. Die Kolonien sind noch nicht da, aber sie können ja noch kommen, und die Propaganda des Göbbels erblickt im Schrei nach Kolonien ihre zur Zeit wichtigste Aufgabe. Warum sollte die Weltangst vor Hitler nicht auch noch Kolonien einbringen?

Zum Zwecke dieser Propaganda ist in der »Essener Verlagsanstalt« von einem gewissen Gizycki ein Buch über die französischen Kolonien erschienen, das sich »Die Weißen und die Schwarzen, Erlebnisse aus Französisch-Westafrika« betitelt. Was behauptet der Verfasser?

Frankreich ist total unfähig, Kolonien behalten zu dürfen! Es ist eine förmliche Greuel-tate französischer Kolonialdisqualifikation, die der Verfasser vorlegt. »Fatalismus und sämtlichen französischen Kolonialbeamten und -Soldaten, nur ihre Zeit abzudienen, um dann der Pension teilhaftig zu werden, die »Furcht der Administratoren vor der Kritik der kommunistischen Blätter, der »Mißbrauch der Neger im Weltkriege, »mangelnde Organisation der Verwaltung«, »uferloser Papierkrieg der Verwaltungs-

stellen, Indolenz und unersättliche Geldgier der Verwaltungsstellen, »demoralisierende Tätigkeit der (natürlich ausschließlich katholischen!) Missionen«, »vollkommene Verlotterung des Schulwesens«, übrigens durchweg »durch Lehrer, die die Schüler zur Befriedigung homosexueller Gelüste mißbrauchten« — wir zählen hier nur einiges aus dieser Inkriminierung, gegen die die früheren Kongreguenthüllungen der Vorkriegszeit wie ein frommes Weihnachtsmärchen sich ausnehmen, wörtlich auf. Wie schön und edel wäre es, wenn Herr Gizycki nur dieses zu beklagen hätte! Leider ist da aber der Auftrag vom Göbbels und die stöcherlich nicht zu knappe Bezahlung aus dem Reichspropaganda-Ministerium! Und so springt denn der braune Pferdefuß folgendermaßen lapidar und handgreiflich-dick dem schon fast vor lauter Humanität gerührtem Leser mitten ins Gesicht: Gizycki faßt sich nämlich zusammen:

»Hier erhebt sich die Zweifelsfrage: darf Frankreich unter diesen Umständen das stitliche Anrecht auf diese gewaltigen überseeischen Besitzungen behalten, die es erobert hat? Erfordert es nicht die einfache Gerechtigkeit, diesen Besitz vielmehr mit anderen Völkern zu teilen? Freilich würden sich diese Nationen nicht so großer Goldsummen rühmen können, wie sie untätig in den Kellern der Bank von Frankreich liegen. Aber dafür besitzen sie vielleicht wertvollere Dinge, Menschen, die geistig jung genug und körperlich gesund sind, um die Arbeit in den exotischen Ländern, die männlicher Tatkraft und Unternehmungslust ein so dankbares Betätigungsfeld bietet, nicht als eine Verbannung ansehen, die ihr Leben zerstört.«

Ja, wer könnte das schon sein, das Land, das dank Schoacht wirklich zwar keine Gold-

schätze unfruchtbar in seinen Reichsbankkellern liegen hat, aber dafür hoffnungsvolle SA-Leute genug, die doch schon an den Marxisten und Juden gezeigt haben, wie man mit Erfolg kolonisiert? Das Land ist das, in dem der Verfasser unter so merkwürdigen Umständen einen ihm so wohlgesonnenen Verlag gefunden hat, nicht wahr? Humanität in Ehren — wenn das Dritte Reich diesen Cautus anstimmt, klingt er allerdings wie Katzenmusik! Die Sozialisten hat schon einmal Herr Hitler bestohlen, indem er sie dreist verleumdete. Warum soll dasselbe Rezept in der Weltpolitik versagen? Nichts hat die Welt bisher getan, um Herrn Hitler, seinem Göbbels und seinem Göring zu verstehen zu geben, daß in diesem Falle die Mixtur fehl am Platz sein könnte.

Wir sagten es schon: auf Kommando nützt nun die braune Presse das Buch des angeblichen Polen in vorgeschriebener Form aus: »Zu solchen Feststellungen kommt ein Pole, dem man ja wahrscheinlich keine politische Voreingenommenheit dem französischen Volk gegenüber vorwerfen würde — so tönt's im Chor in der braunen Bücherecke.

Auch hier zitieren wir wörtlich aus einer Besprechung in der Zeitschrift »Hochschule und Ausland« (Heft 9) die ganz spezifisch der deutschen Auslandspropaganda gewidmet ist.

Die anderen haben Kolonien mit Pulver und Blei gewonnen; Hitler schickt sich an, welche mit Dreck zu erobern. Es wäre — nach allen bisherigen komödienhaft-chaotischen Dingen in der Weltpolitik — sogar diese Groteske nicht grotesk genug, um nicht die Hoffnung in sich zu tragen, daß sie — mit oder ohne Baldwin und Lloyd George — schließlich dennoch gelänge! E.

allereinfachste Logik scheint doch wohl einigermaßen im Mißverhältnis zu seiner Gehaltsstufe zu stehen.

Humorvolle »Generalprobe«

Im offiziellen deutschen Vorbericht zum Erntedankfest hieß es:

»Mit der Eisenbahn, im Kraftwagen, auf Fahrrädern und zu Fuß eilten am Sonnabendvormittag große Menschenmassen nach dem Bückeberg, um der Generalprobe der Wehrmacht beizuwohnen...

Das große Dorf, das am Fuße des Bückeberges aufgebaut worden ist, nennt sich »Meckerndorfe«. So lautet wenigstens ein großes Schild, das am Eingang zu dem Dorf angebracht worden ist. Der Erbauer hat sich auch sonst allerlei kleine Scherze geleistet. Ein großer Dorfhund aus Pappe stellt sich dem Eindringling entgegen, eine Kuh aus dem gleichen Material schaut aus dem Fenster heraus und auch sonst fehlt es nicht an Humor. Das alles wird morgen in Flammen aufgehen, wenn Tanks und

Flugzeuge ihr Feuer auf das friedliche Dorf richten.«

Wenn man dem Namen des zerschossenen Dorfes glauben darf — eine Generalprobe auf den Bürgerkrieg.

Entjudete Judaica

Auf der Tagung der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine in Karlsruhe sprach Dr. Grau (München) über die Judenfrage in der deutschen Geschichte. Er sagte laut Bericht der »Kölnischen Volkszeitung« Nr. 266:

»Von dem Leitgedanken aus, daß Wissenschaft bewußte Mitgestaltung der Geschichte ist, muß das Rüstzeug dieser Arbeiten zubereitet, vor allem eine entsprechende Bibliotheksgrundlage geschaffen werden. Die in verschiedenen öffentlichen Bibliotheken, namentlich in Frankfurt, Berlin und München, vorhandenen Judaica-Bestände, die nach alzu ausgesprochen jüdischen Gesichtspunkten aufgebaut seien, müssen

der Forschung dienstbar gemacht werden, indem man sie nach deutschen Gesichtspunkten sachlich durcharbeitet und auswertet.«

Mit der Sachlichkeit eines Streicher, nach den Gesichtspunkten des »Stürmers«.

Der kategorische Superlativ

Auf dem Treffen der NSDAP in Königsberg sagte Ley laut Bericht vor 100.000 Zuhörern:

»In unserer nationalsozialistischen Gemeinschaft sind wir keine Freiwilligen mehr, die heute hinein- und morgen hinauslaufen können, sondern wir stehen unter dem Gesetz des kategorischen Imperativs: Du mußt dienen, weil Du glaubst!«

Ein gewisser ortsansässig gewesener Immanuel Kant soll daraufhin nicht gewagt haben, sich im Grabe umzudrehen.

chen hatten, sind überhaupt nichts geworden. Die sind dann immer die Erbostesten, und die machen mit ihrer Kritik auch nicht mehr vor dem Führer halt.

Aber im allgemeinen überwiegt die Angst noch bei weitem den Angriffsgelast. Jeder schwere Schritt nachts im Treppenhause, läßt alle Bewohner bis ins Dachgeschoß hinauf erzittern. Als unlängst ein Polizeiwagen eine ganze Weile auf unserem Platz hielt — etwa um Mitternacht —, da tauchten immer wieder hinter den Gardinen bleiche Gesichter auf, und manche gestanden einander an anderen Tag, daß sie auch späterhin kein Auge geschlossen hätten. Man wisse doch nie, »wer wieder abgeholt werde«. — Uebrigens stellte es sich dann heraus, daß der Führer des Wagens nur einen Freund in der Nachbarschaft besucht hatte. Und so ein Besuch versetzt ein ganzes Vorstadtviertel in Angst und Schrecken! Wohl jedem, der nicht in dieser Hölle leben muß ...

Schauspieler und Spion?

In Berlin wurde der junge Schauspieler Klonka wegen angeblichem Landesverrat hingerichtet. Wir erhalten dazu von einem seiner früheren Kollegen folgende Zeilen:

Wer Klonka persönlich kannte, weiß, daß seine Hinrichtung ein Justizmord und in seinen Ursachen einer jener nicht seltenen Erpressungs- und Racheakte gekränkter oder mit schlechtem Gewissen belasteter Amtswalter sein muß, wie ich sie als Versuch, wenn auch nicht als vollendete Tat, in Berlin wiederholt aus nächster Nähe beobachten konnte. Was ist Landesverrat? Die Uebermittlung wirklich brauchbaren Verratsmaterials setzt nämlich — auf industriellem wie

auf militärischem Gebiet, — ein Maß an »Branchekenntnis« voraus, das in jedem Fall die Vorbildung und Sachkenntnis eines zwanzigjährigen Schauspielers übersteigt. Die mangelnde Eignung Klonkas zum Spion ergibt sich weiterhin aus seinem Charakter und seinem Auftreten.

Er war in einem rührenden und beängstigenden Grade aller Fähigkeiten bar, sich irgendwo einschleichen oder auch nur unauffällig machen zu können. Er schimpfte mit verblüffender Aufrichtigkeit schon in der NS-Flitterwochen des Jahres 1933 derart gegen alle, die mit ihm zusammenkamen, auf das System, daß er wiederholt gewarnt wurde. Klonka war schon damals, — etwa ein halbes Jahr vor jenen gehäuften Schauspielerehemorden in Berlin, die niemals über den Kollegenkreis hinaus in die Öffentlichkeit gelangten, — durch das »Arbeitsbeschaffungssystem« derart betroffen, daß er Kurzarbeit als männliche Problemerkennung in der Konfektion leisten mußte, und wegen seiner friischen jugenhaften Gestalt wiederholt für Reklamephotos solcher Firmen in verschiedenen Zeitschriften herangezogen wurde. Seine künstlerische Tätigkeit beschränkte sich damals darauf, in einem jener unzähligen Birch-Pfeiffer-Stücke von Paula Busch, Inhaberin des Zirkus Busch beim Bahnhof Börse, die Titelrolle zu spielen. Das Stück hieß »Der Wüddieb«, und endete, wie alle Buschpoesien, mit einem Leichtathletiktakt von der Kuppel des Zirkus zum Bassin herab.

Es kam jener Winter 1933/34, der alle Vorzeichen des 30. Juni bereits so weit zeigte, daß in einem bekannten Berliner Kabarett zwischen Februar und März 1934 ein Song-Sprecher nahezu auf offener Bühne verhaftet wurde. Im Sommer schon wurde es immer

stiller auf der Stempelstelle für geistige Arbeiter, hoch oben im Olymp (auch eine Olympiade) der »WISSOK« (zu deutsch: »Abteilung für wissenschaftliche, soziale und künstlerische Berufe«) an Alexanderplatz. Man erfuhr flüsternd, die Wissenschaft, die Kunst und die sozialen Berufe würden zwar im Dritten Reich keine »Arbeitschlacht« schlagen; aber es ging die Sage, Herr Göring beabsichtige, das Nützliche mit dem Unangenehmen zu verbinden, das heißt für Gemütlichkeit im Arbeitslager zu sorgen: — jeder geistige Arbeiter mit Stempelkarte und ohne Ahnennachweis und ausgezeichnete Verbindungen sollte als Lustigmacher je einer Schipperabteilung beigegeben werden. Natürlich hatte er diese Tätigkeit nicht etwa hauptberuflich, sondern zuschlägig, neben dem obligaten Schippen zu verrichten. In dieser Weise wurden Barden, Skalden, Clowns und Prügeljungen am laufenden Band erzeugt. Auf den Stempelstellen vegetierten nur noch vereinzelt sehene Greise, alle knapp vor oder nach dem ersten Schlaganfall. Die geistige Arbeitslosigkeit war behoben. Die Denker und Dichter hörten auf, volkshemend zu sein; aber sie hörten leider überhaupt auf zu sein, was sie sein sollten.

Wir sahen Klonka nicht mehr. Was machte er? Bänkel für Schipper? Wir werden es nie erfahren. Wir wissen nur aus gehäuften Filmen, daß damals von den bekannten Feldweibern des »Vertrauensrates« langjährige »Gefolgschaftsmitglieder« mit der Drohung, sonst eine Anzeige wegen »staatsfeindlicher Gesinnung« zu lancieren, aus dem Arbeitsplatz »freiwillig« genötigt wurden. Konnte Klonka, seiner ganzen Art nach, solchen oder ähnlichen Drohungen nachgeben? Nein. Und das war wohl sein »Landesverrat«.

Abgleitende Löhne

Die Verkündung des sozialen Friedens im Dritten Reich, wie sie als einziges Versprechen für die Arbeiter in der Nürnberger Proklamation enthalten ist, hat bisher nicht verhindert können, daß die Unruhe um die Löhne weiter anhält. Auch die erneute Ankündigung von verschärften Strafbestimmungen gegen die »Rädelsführer« von Streiks macht auf die unzufriedenen Gefolgenschaften keinen Eindruck. Die Diskussionen in den Betrieben befassen sich fast ausschließlich mit der Hitler-Erklärung, daß auch im neuen Vierjahresplan jegliche Lohnniederbeträge vermieden werden muß. Ueber die tatsächlichen Löhne ist weder auf dem Parteitag, noch auf der Nürnberger Jahrestagung der DAF kein einziges Wort gefallen. Der sog. Tätigkeitsbericht des Ley, der jetzt im Wortlaut vorliegt, befaßt sich mit Rechtsberatung, Heimstättenamt, Schulung, Presse, Kraft durch Freude und Ehrengerichtshof, nur nicht mit der sozialen Lage der Arbeiter. Aus einer Veröffentlichung des Reichsarbeitsblattes vom 25. August 1936, geht aber hervor, daß die »Hauptergebnisse der amtlichen Lohnhebungen für März 1936« bereits vorgelegen haben. Nach einer amtlichen sehr bescheidenen Besprechung ergibt diese letzte Lohnstatistik das Bild eines Lohnstillstandes.

Eine nähere Betrachtung zeigt, daß im Jahr 1936 eine absteigende Lohnkurve eingesetzt hat. Wir haben im »Neuen Vorwärts« die neue Methode der Nazilohnstatistik bereits näher erläutert und nachgewiesen, daß sie nur eine Auslese von Gewerben und Betrieben summenmäßig erfaßt. Diese Propagandastatistik gestattet weder einen Einblick in die tatsächlichen Einzelgehälter, noch läßt sie einen genauen Vergleich mit den Löhnen von früher zu. Die Veröffentlichung über die Erhebung im März 1936 gibt aber wenigstens Vergleichsmöglichkeiten mit der nach der gleichen Methode veranstalteten Erhebung vom Dezember 1935.

Die Erhebung zeigt, daß selbst im Zentrum des Rüstungsbetriebes in der metallverarbeitenden Industrie unter Einrechnung der Ueberstundenzuschläge die durchschnittliche Stundenverdienste nur ganz geringfügig über dem Stand vom Dezember 1935 liegen. Ein Vergleich mit den Löhnen von 1932 aber ergibt, wie selbst die Einkommen der qualifizierten Rüstungsarbeiter hinter denen der Vor-Hitlerzeit zurückbleiben. Vergleichbar sind dabei eigentlich nur die Stücklöhne, da die Akkordarbeit heute im Dritten Reich allgemein geworden ist.

| | Brutto-Stundenverdienste | | |
|---------------|--------------------------|-----------|-------------|
| | Dez. 1935 | März 1936 | 1932 |
| | Pf. | Pf. | Pf. |
| Facharbeiter | 96,4 | 97,4 | Z*) 105,4 |
| | | | ST**) 113,9 |
| Hilfsarbeiter | 65,8 | 66,9 | Z 79,0 |
| | | | ST 93,6 |
| Arbeiterinnen | 50,4 | 50,9 | Z 53,0 |
| | | | ST 63,5 |

Mit dieser Gruppe der Rüstungsindustrie ist, soweit überhaupt von Lohnentwicklung gesprochen werden kann, alles erschöpft. Die übrigen Zweige erweisen den Lohnabstieg. Die eisenerzeugende Industrie berichtet vom Dezember 1935 bis März 1936 einer Verminderung des Brutto-Wochenverdienstes von 44,20 RM auf 43,06 RM. Im einzelnen hatten die »1. Leute« in dem einen Vierteljahr eine Kürzung des Stundenlohnes von 92 auf 91,3 Pf. Vor Hitlers glorreicher Regierung hatten z. B. die 1. Schmelzer in Hochofenwerken einen durchschnittlichen Stundenverdienst von 103,6 Pf., in den Stahlwerken von 127,6 Pf., die 1. Walzer in den Preßwerken von 127,9 Pf.

In der Chemischen Industrie hat das Brutto-Wochenlohn nach dem Reichsarbeitsblatt vom Dezember 1935 bis März 1936 »keine merkliche Änderung« aufzuweisen. Aber auch in dieser höchstbeschäftigten Kriegsindustrie sind die Brutto-Stundenverdienste insgesamt von 82,5 auf 81,7 Pf. gefallen. Bei den gelernten Arbeitern betrug der Stundenverdienst im März 1936 103,6 Pf. gegenüber 104,3 im Jahr 1935. Vor 1933 bewegten sich die Stundenlöhne der gelernten Arbeiter zwischen 107 und 129 Pf.

Nach dem Hitlerschen Leitsatz »keine Lohnniederbeträge ohne Produktionssteigerung« hätten die Bauarbeiter Anspruch auf Lohnniederbeträge gehabt. Die amtliche Statistik aber ergibt im 1. Vierteljahr 1936 ein Absinken der Maurer-Stundenbruttolöhne von 84,7 auf 83,6 Pf., im August 1932 113,6 Pf.

In der papiererzeugenden Industrie müssen die Nazis den Rückgang der Stundenlöhne von 71,2 auf 70,7 Pf. in der dreimonatlichen Berichtszeit angeben (für

gelernte Arbeiter). In der papierverarbeitenden Industrie sind die Wochenverdienste insgesamt von 29,74 auf 26,45 RM gefallen, die Stundenlöhne von 59,6 Pf. auf 57,6 Pf. Auch im Buch- und Stein-druckgewerbe werden für 1936 »geringere Wochenverdienste« vermerkt.

In der Textilindustrie blieben die Löhne trotz erhöhter Produktion und verlängerter Arbeitszeit fast unverändert. Der Stundenlohn der Facharbeiter hat sich von Ende 1935 bis März 1936 von 69 auf 69,2 Pf. erhöht. In der Zeit der »Systempartei« hatten Spinner und Weber Stundenlöhne von durchschnittlich 92,1 bis 93,9 Pf.

Die übrigen Gewerbe zeigen dieselbe Entwicklungstendenz. Das Dritte Reich kann,

wenn es nicht die neu eingeführte Lohnstatistik wieder verändert, den Rückgang der Löhne nicht länger verbergen. Dabei handelt es sich in den Angaben nur um Bruttolöhne, während die wachsenden Lohnabzüge völlig unberücksichtigt bleiben. Die Erhebung verzeichnet bei den einzelnen Gewerben »gesetzliche Lohnabzüge« von 13 bis 14 Prozent. Die »ungesetzlichen« Abzüge für die Partei und ihre Nebeneinrichtungen belaufen sich aber auch auf 8 bis 10 Prozent des Lohnes.

Es wird auf die Dauer aller statistischen Kunst nicht gelingen, das Bild des deutschen Arbeiterlebens zu verwischen. Die Lohnentwicklung entspricht der allgemeinen Wirtschaftslage des Dritten Reiches. Es geht abwärts.

Der soziale Absturz

Daß die Rüstungskonjunktur keine Besserung in den Lebensverhältnissen des deutschen Volkes gebracht hat, das wird dokumentarisch bestätigt durch die vorläufigen Ergebnisse des Steuerabzugs vom Arbeitslohn im Jahre 1934. Obwohl bei der Statistik teilweise schon die Vorschriften des Gesetzes vom 16. Oktober 1934 berücksichtigt worden sind, so sind erhebliche Veränderungen in dem Kreis der Erfassten gegen früher doch nicht zu verzeichnen.

Die Lohnsteuerpflichtigen sind in drei Gruppen eingeteilt: Als Steuerbelastete gelten alle Arbeitnehmer, für die ein Steuerabzug vom Arbeitslohn eingehalten worden ist. Steuerbefreite sind diejenigen, deren Arbeitslohn zwar die Freigrenze überschritten hat, bei denen aber wegen der ihnen zustehenden Familienermäßigungen ein Steuerabzug nicht vorgenommen worden ist. Als Unbesteuerte werden die Arbeitnehmer bezeichnet, deren Arbeitslohn bei jeder Lohnzahlung unter der Freigrenze geblieben ist. Es gab:

| | 1934 | 1932 |
|-----------------|-----------|-----------|
| | Millionen | Millionen |
| Steuerbelastete | 9,2 | 7,8 |
| Steuerbefreite | 1,3 | 0,6 |
| Unbesteuerte | 12,3 | 13,4 |
| Zusammen | 22,8 | 21,8 |

Die Gesamtzahl der Lohnsteuerpflichtigen ist demnach gegenüber 1932 genau um eine Million gestiegen. Nach den vorläufigen Ergebnissen für 1932 betrug die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen allerdings sogar 23,1 Millionen. Erst nachträglich ist von den Nationalsozialisten die endgültige Zahl von 21,8 Millionen festgestellt worden. Ohne diese nachträgliche Korrektur wäre die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen 1934 sogar geringer gewesen als 1932!

Aber auch so tritt ein auffälliger Widerspruch zwischen der Entwicklung der Zahl der Lohnsteuerpflichtigen und den Arbeitslosenziffern in Erscheinung. 1932 war das Jahr der schärfsten Krisenwirkungen. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit wurde mit 5.602.711 Personen festgestellt. Im Jahr 1934, so behaupten die Nationalsozialisten in ihren Statistiken, sei die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt auf 2.718.300 gesunken.

Diese Verminderung der Arbeitslosen um knapp 2,9 Millionen müßte in einer entsprechenden Vermehrung der Lohnsteuerpflichtigen zum Ausdruck kommen, wenn diese 2,9 Millionen Arbeitslose im Wirtschaftsleben Arbeit und Erwerb gefunden haben sollen. Aber im Vergleich zu den berechtigten Ziffern von 1935 haben alle drei Gruppen der Lohnsteuerpflichtigen zusammen nur um 1 Million zugenommen. Es fehlen also 1,9 Millionen Menschen.

Sie werden nicht mehr als Arbeitslose gezählt, haben aber auch keine Erwerb gefunden, denn sonst würden sie von der Statistik des Abzugs für Lohnsteuer erfaßt worden sein.

Da seit 1932 keine Ermäßigung der Lohnsteuer eingetreten ist, sondern vielmehr ihre Erfassung von den Nationalsozialisten viel schärfer betrieben und die Grundsätze der Familienermäßigung im Vergleich zu früher eine viel unsozialere Anwendung finden, müßte auch die einbehaltene Lohnsteuer mindestens im gleichen Verhältnis zugenommen haben wie die Lohnsteuerpflichtigen, wenn sich im Durchschnitt keine Verschlechterung des Lohnniveaus ergeben soll. Aber der Ertrag der Lohnsteuer 1934 ist nur um 12,6 Millionen Mark oder um 2 Prozent gestiegen, während die Erhöhung der Zahl der Steuerpflichtigen 5 Prozent beträgt.

Die Gruppe der Steuerbelasteten ver-

zeichnet eine Zunahme von 7,8 Millionen auf 9,2 Millionen oder um 18 Prozent. Das Einkommen dieser Gruppe ist von 17,3 Milliarden Mark auf 19,4 Milliarden Mark, also nur um 12 Prozent gestiegen. Dadurch ergibt sich auch ein Sinken im durchschnittlichen Jahreseinkommen dieser Gruppe von 2221 auf 2122 Mark.

2.797.000 Steuerbelastete, das sind mehr als 30 Prozent dieser Gruppe, haben ein Einkommen unter 1500 Mark im Jahre. Das Durchschnittseinkommen dieser 2.797.000 Beschäftigten hat sich nach der Statistik von 875 Mark auf 951 Mark jährlich oder um knapp 9 Prozent erhöht. Da die Verteuerung der Lebensverhältnisse im gleichen Zeitraum viel stärker in Erscheinung getreten ist, so wird selbst durch diese geringe Erhöhung das Ausmaß des sozialen Absturzes kaum vermindert.

In der Gruppe der Steuerbefreiten haben 622.000, also nahezu die Hälfte, ein Jahreseinkommen von weniger als 1500 Mark. Die große Gruppe der Unbesteuerten mit 12,3 Millionen besteht vollzählig aus jenen Erwerbstätigen, deren Einkommen weit darunter bleibt.

Es bleibt also festzustellen, daß im Jahre 1934 von den 22,8 Millionen Lohnsteuerpflichtigen in Deutschland 15,7 Millionen oder 70 Prozent ein durchschnittliches Jahreseinkommen von weniger als 900 Mark haben.

So steht es in dem »glücklich gewordenen« Deutschland im Zeichen des gewaltigen Aufschwunges in Wirklichkeit mit dem arbeitenden Volk.

Absurdität gefällig - ?

Hochnotpeinliche »Verfassungsfragen des Dritten Reiches.

Eine köstlich-komische Zusammenstellung der rein theoretischen System- und »Verfassungs«-Absurditäten des deutschen »Führerstaates« — von den praktischen ganz zu schweigen — leistet sich meckender Weise Grüben jetzt eine sehr angenehme juristische Fachschrift, die von Anschaffung mit herausgegebene »Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft«. Sie tut das an Hand einer Literaturbesprechung über »einachtziges Material der Gegenwart. Zwar sehr vorsichtig, sehr »gleichgeschaltet« in der Form; nichtsdestoweniger bleibt auch in der braunen Schale diese Frucht des Nachdenkens über das Dritte Reich aromatisch und erfrischend...

1. Was vor allem hat es mit dem Begriff des deutschen »Volkese«, mit dem es Hitler ja andauernd zu tun hat, auf sich? Da hat ein ganz gewissenhafter Nazi (Ernst Huber in »Weesen und Inhalt der Verfassung«) sich folgendermaßen ausgelassen: Es ist wohl und scharf zu unterscheiden zwischen dem »politischen Volk, das in der Führung seinen höchsten Ausdruck findet, sich in der Bewegung formiert und in der Herrschaftsordnung handelt, und dem ganz gewöhnlichen »Volk, das in der Familie, Gemeinde, in Standes- und Volksgemeinschaft sein natürliches wirtschaftliches, kulturelles und rechtliches Leben führt.« Ja gewiß, meint dazu die genannte Zeitschrift, das ist nunmal schon so — leider — »die Konstatierung faktischer Verfassungsverhältnisse«. Aber — die »Volksgemeinschaft« ist dann doch wohl ein grober Unfug nicht wahr und vor allem: »Grade der Begriff des Berufspolitikers, des Politikers als Stand hat doch das Dritte Reich mit seiner Gesamterweckung des Volkes zu politischem Denken überwunden... Schaut du nun durch, geliebter Reichsbürger?

2. Ist das Dritte Reich ein Rechtsstaat? Kommt man ins Kasett, wenn

man das behauptet, oder in die Feldherrnhalle? Der muntere Meckerer in der »Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft« verweist auf eine große Rede Görings vor der Akademie für Deutsches Recht (jetzt im Wortlaut amtlich in deren Schriftenreihe erschienen), in der er gefordert hat, daß »die Gesetze richtig erfüllt und sachgemäß gehandhabt werden sollen.« Schön — so hat Göring (und auch der Dr. Frank!) gebrüllt, aber — es ist noch keine drei Monate her, daß die beiden Berliner Doktoranden Krauß und von Schweinichen eine akademische Disputation über das Thema zu halten hatten: »Ist ein Bekenntnis zum Rechtsstaat in seiner Legalität noch sinnhaft.« Beide kamen zu dem allenthalben akzeptierten Schluß: »Wenn man die Einhaltung des gesetzlichen Rechtes, Legalität der Sachgestaltung fordert, relativiert man den Führerstaat.« Bums! Was nun? Nämlich auch diese Disputation ist im staatlich approbierten Druck erschienen...

3. Und schließlich hat ein Herr namens Gottfried Neese jetzt »Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Versuch einer Rechtsdeutung)« gewürdigt. Darin heißt es, daß die NSDAP »nicht, wie die faschistische Partei dem Staate dient, oder, wie die kommunistische Partei in Rußland, den Staat beherrscht, vielmehr neben ihm dem Volke dient und den Staat nicht unmittelbar beherrscht.« Aber Herr Hitler selbst? Hat er nicht einmal hinausgeschmettert — und die »Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft« erinnert daran ein wenig mokant: »Die Partei befiehlt dem Staat? Was ist nun mittelbar? Was ist unmittelbar? Was ist »nebene« und was ist »über«? Kein Mensch kennt sich da aus, wahrscheinlich am wenigsten sogar »der Führer« selbst!

Zeitschrift für Sozialismus

Das Septemberheft der wissenschaftlichen Monatsschrift der reichsdeutschen Sozialdemokratie enthält einen Aufsatz von

Paul Sering: WAS IST DER VOLKS-SOZIALISMUS?

I. Die Arbeiterbewegung in der Epoche des Machtkampfes. — II. Sozialismus, Klasseninteresse und Volk. — III. Der Volksozialismus als sozialdemokratische Richtung. 1. Klassenkampf und Nation. 2. Bündnisproblem und Agrarpolitik. 3. Die europäische Orientierung. 4. Neue Geistesströmungen — mit wem? — IV. Der Volksozialismus in reiner Gestalt. 1. Otto Strasser und das Hillersystem. 2. Der Weg zum Ständestaat. 3. Die Planwirtschaft mit Erblehen. 4. Das völkische Europa. 5. Was ist der Volksozialismus? — V. Die Geschichtsphilosophie des Volksozialismus. 1. Neue Entscheidungen — neue Werte. 2. Zur Methode der idealistischen Geschichtsdeutung. 3. Sozialismus und Technik. 4. Der antiproletarische Sozialismus. — VI. Der Volksozialismus und der kommende Krieg.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt durch die Verlagsanstalt »Graphia«, Karlsbad, Preis des Heftes 4 Kč.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 150.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1,40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18,—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2,— (Kč 24,— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0,30 (3,60), Belgien: Belg. Frs. 2,45 (29,50) Bulgarien Lew 8.— (96,—), Danzig Gold. 0,45 (5,40), Deutschland Mk. 0,25 (3,—), Estland E. Kr. 0,22 (2,64), Finnland Fmk. 4.— (48,—), Frankreich Frs. 1,50 (18,—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0,15 (1,80), Italien Lit. 1,10 (13,20), Jugoslawien Din. 4,50 (54,—), Lettland Lat. 0,30 (3,60), Litauen Lit. 0,55 (6,60), Luxemburg B. Frs. 2,45 (29,50), Norwegen Kr. 0,35 (4,20), Oesterreich Sch. 0,40 (4,80), Palästina P. Pf. 0,020 (0,216), Polen Zloty 0,50 (6,—), Portugal Esc. 2.— (24,—), Rumänien Lei 10.— (120,—), Schweden Kr. 0,35 (4,20), Schweiz Frs. 0,30 (3,60), Spanien Pes. 0,70 (8,40), Ungarn Pengö 0,35 (4,20), USA. 0,03 (1,—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschecoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.504. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.095. Genauere Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

*) Zeitlohn, **) Stücklohn